

Bildungskongress des Deutschen Städtetages | Altersteilzeit

Einkommensrunde 2013 startet | Konflikte als Chance

Delegierten- versammlung 2012



Aus unserer Sicht

Wünsche zum Jahreswechsel 3

Thema

Delegierten-
versammlung 2012
Mehr Gerechtigkeit
wa(a)gen 4-8



Bildungspolitik

Bildungsbaustelle NRW –
Interview mit Monika Pieper 9-12
Bildung gemeinsam verantworten
Bildungskongress des Deutschen Städtetages
2012 in München 13

Berufspolitik

Gewalt an Schulen 15
Reise(n)kosten 15
Einkommensrunde 2013 startet 16

Nachrichten

Qualitätsanalyse an Schulen
Deutschland holt bei der Integration auf 17

Schulpraxis

Konflikte als Chance – Interview mit dem Media-
tor Alexander Krohn 18-19
Onlinestudie: Gesundheit von Schulleitungen &
schulische Gesundheitsförderung 19

VBE-Newsletter

Nachrichten aus dem Bundesverband 20-21

Veranstaltung

Bildungswerk: Schulleitungsqualifizierung 22

Tipps

Wann, wenn nicht jetzt? Bausparen – die
ideale Zinssicherung 23

Senioren

Ziel: Sachsen-Anhalt 24

VBE-regional

StV Hagen, KV Oberberg, StV Köln, KV Heinsberg,
KV Paderborn, StV Gelsenkirchen 25-27

Medien

Büchermarkt 28-30

Impressum:

SCHULE HEUTE – Information und Meinung
erscheint monatlich – mindestens zehnmal jährlich

Herausgeber:
Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer,
Erzieherinnen und Erzieher im DBB NRW,
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,
Telefon (02 31) 42 57 57 0, Fax (02 31) 42 57 57 10

Produktion:
VBE Verlag NRW GmbH
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,
Telefon (02 31) 42 00 61, Fax (02 31) 43 38 64
Internet: www.vbe-verlag.de, E-Mail: redaktion@schuleheute.de
E-Mail Anzeigenverwaltung: info@vbe-verlag.de

Anzeigen:
dbb verlag gmbh, Mediacyber, Dechenstr. 15 A, 40878 Ratingen
Tel.: 02102 / 74023-0, Fax: 02102 / 74023-99, E-Mail: mediacyber@dbbverlag.de
Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, Tel.: 02102 / 74023-715
Anzeigenverwaltung: Britta Urbanski, Tel.: 02102 / 74023-712
Anzeigentarif Nr. 9, gültig ab 1.10.2012

Redaktion:
Herbert Boßhammer (Schriftleiter),
VBE-Landesverband NRW, Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,
Telefon: 0251/3 84 87 81; Telefax: 0251/3 84 87 82
E-Mail: h.bosshammer(at)vbe-nrw.de
Udo Beckmann
E-Mail: redaktion(at)schuleheute.de
Internet: www.vbe-nrw.de
Melanie Gerks (Pressereferentin)
E-Mail: m.gerks(at)vbe-nrw.de
Dorota Gornik (Pressereferentin)
E-Mail: d.gornik(at)vbe-nrw.de

Druck:
Gebrüder Wilke GmbH, Oberallener Weg 1, 59069 Hamm

Satz und Layout: my-server.de GmbH
Wambeler Hellweg 152, 44143 Dortmund
in Zusammenarbeit mit Kirsch Kürmann Design
Wittekindstr. 11, 44139 Dortmund
Fotos: Titelbild und S. 2: Frauke Schumann
S. 9 unten: istockphoto.com, S. 12 oben: fotolia.com

Anschriftenverwaltung:
VBE-Landesgeschäftsstelle, Westfalendamm 247, 44141 Dortmund

Mitglieder erhalten diese Zeitschrift **kostenlos als Verbandsorgan**.
Abonnement 19,00 EUR, Einzelheft 2,00 EUR, zuzüglich Versandkosten.
Bei Nichtlieferung infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch.
Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben
keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtsansprüche können aus der
Information nicht hergeleitet werden.

Die Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Ein Nachdruck, ganz oder
teilweise, ist nur mit der Genehmigung der Redaktion, die wir gern
erteilen, zu gezeichneten Beiträgen mit der des Verfassers bei
Zusendung eines Belegexemplares gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.
Die Einsender erklären sich mit einer redaktionellen Prüfung und Bearbeitung der
Vorlage einverstanden. Die Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichendes Rückporto
beiliegt. Die Redaktion behält sich vor, redaktionelle Kürzungen der eingesandten Texte
vor der Veröffentlichung vorzunehmen. Die Besprechung ohne Aufforderung
zugesandter Bücher bleibt der Redaktion vorbehalten.

Die namentlich gekennzeichneten Artikel geben die Ansicht der Verfasser wieder und
entsprechen nicht in jedem Fall der Redaktionsmeinung.

Redaktionsschluss jeder Ausgabe ist der 1. des Vormonats.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Beilage, wenn erschienen: Der öffentliche Dienst an Rhein und Ruhr.

ISSN-Nr.: 0342-751X

Wünsche zum Jahreswechsel

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



auf den Weihnachtsmärkten duftet es nach Glühwein und Crêpes, die Schaufenster sind mit leuchtenden Rentieren und lachenden Nikoläusen geschmückt, und zu Hause werden fleißig Plätzchen gebacken – Weihnachten rückt unübersehbar näher. Am Weihnachtsabend werden große Kinderaugen wieder vor Freude glänzen, wenn auf dem Gabentisch genau die Dinge liegen, die sie sich vom Christkind gewünscht haben. Doch Kinder sind nicht die einzigen, die Wünsche haben. Auch der VBE hat einen prall gefüllten Wunschzettel – dieser geht in Richtung Landesregierung.

Ganz oben auf der Liste steht die Inklusion. Hier muss noch viel getan werden, damit Kinder, Eltern und Lehrer zu Gewinnern im neuen System werden. Es muss verstärkt daran gearbeitet werden, die notwendigen Rahmenbedingungen schnellstmöglich zu schaffen – und zwar ohne Streuverluste. Die Landesregierung hat in den letzten Jahren versäumt, rechtzeitig die Weichen zu stellen, insbesondere in personeller Hinsicht. Wie schön wäre es doch, wenn der Weihnachtsmann hier einfach seinen Sack aufmacht und heraus käme ein nicht enden wollender Strom an Sonderpädagogen, die überall dort eingesetzt werden können, wo sie so dringend gebraucht werden. Oder das Christkind baut zusätzliche Räume an oder bringt wichtige Lernmaterialien.

Ebenfalls auf die Wunschliste schreibt der VBE in dicken Lettern die Verbesserung der U3-Betreuung. Die Pläne von Schulministerin Ute Schäfer die Gruppen zu vergrößern, stehen in keinem Verhältnis zu der vom VBE geforderten Qualitätsverbesserung – ein Grinch, wer Böses dabei denkt und unterstellt, es ginge um die Aushöhlung der eigenen Gesetze ... Wenn es hilft, stampfen wir auch gern mit dem Fuß auf und wiederholen es gern: Die frühkindliche Bildung droht verramscht zu werden – und das

ist mit dem VBE nicht zu machen. Es müssen klare, an europäischen Standards orientierte Regelungen für die Ausbildung her und eine konsequente Rekrutierung fachlich hochqualifizierter und engagierter Menschen.

Wir haben aber auch Wünsche für uns selbst – die Lehrerinnen und Lehrer, die täglich mit Kindern zu tun haben, sie fördern, unterrichten und ihnen zur Seite stehen. Wir wünschen uns eine deutlich höhere Akzeptanz unserer Arbeit. Nicht per Schulterklopfer, denn der füllt nicht den Kühlschrank. Wir wünschen uns eine arbeits-adäquate Bezahlung. Neueinsteiger benötigen eine Eingruppierung in A13/EG13 – so wie sie in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes für Beschäftigte mit universitärem Abschluss selbstverständlich sind. Eine bessere Bezahlung – das gilt auch für die Schulleitungsmitglieder, die für ihre vielfältigen Aufgaben nicht nur zu wenig Leitungszeit haben, sondern für die sie auch unter Wert bezahlt werden. Auch das ist unsere Frohe Botschaft an die Landesregierung.

Unsere Weihnachtswunschliste könnte leicht noch länger sein. Auch, wenn zu Weihnachten auf dem Gabentisch Überraschungen üblich sind: Der VBE wird dafür kämpfen, dass die Geschenke der Landesregierung keinen bitteren Beigeschmack haben.

Landesvorsitzender VBE NRW

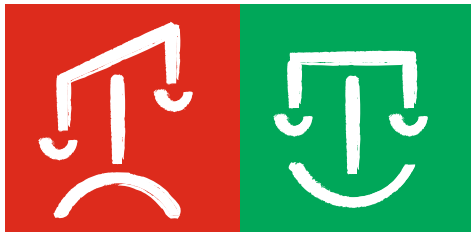


Die Geschäftsstelle in Dortmund ist vom 21.12.2012 bis zum 04.01.2013 geschlossen.



Der VBE NRW bei Facebook:
www.facebook.com/vbe.nrw

Delegierten- versammlung 2012



Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen.

Fast 400 Delegierte und Gäste aus Politik und Wirtschaft – ein prall gefüllter Goldsaal in den Westfalenhallen Dortmund – und eine Delegiertenversammlung, an die sich viele gern zurückerinnern werden.



© Frauke Schumann

Am 16./17. November waren 296 Delegierte aus den Kreis- und Stadtverbänden gekommen, um beim VBE NRW die Weichen für die nächsten fünf Jahre zu stellen. Bereits im öffentlichen Teil wurde klar: Vieles wurde in den vergangenen Jahren erreicht, aber noch lange läuft nicht alles gut – das stellte auch Udo Beckmann, Vorsitzender des VBE NRW, in seiner Grundsatzrede klar. Vor allem in Sachen U3-Betreuung habe die Politik sträflich versagt: „Es war Zeit genug, um eine vorausschauende Personalpolitik zu betreiben. Das, was wir jetzt erleben, ist armseliges Stückwerk“, so Beckmann. Seine Ablehnung einer Umschulung von fachfremdem Personal im Schnelldurchlauf stieß bei den Delegierten auf besonders große Zustimmung: „Kinder brauchen verlässliche Bezugspersonen, die ihr Handwerk verstehen.“ Auch die Pläne von Familienministerin Ute Schäfer, die Rahmenbedingungen in den Kitas anzupassen, griff Beckmann scharf an: Hier gehe es nicht erkennbar um eine Verbesserung der Qualität, sondern um einen quantitativen Ausbau, und dieser ginge zulasten der Kinder und der Beschäftigten.

„Wir fordern eine
aufgaben-adäquate
Bezahlung.“



© Frauke Schumann

Ein weiteres Augenmerk legte Beckmann auf die Besoldung von Lehrern und Schulleitern. Bei den Lehrern sei nicht nachvollziehbar, warum die Besoldung nicht gleich sei, zumal demnächst alle Lehramtsstudenten mit dem Master abschließen. Eine dennoch ungleiche Bezahlung sei niemandem mit „gesundem Menschenverstand“ zu verkaufen: „Eine Eingruppierung in A13 bzw. EG13, so wie sie jeder andere im öffentlichen Dienst mit universitärem Abschluss erhält, muss auch für Lehrkräfte selbstverständlich sein, ganz gleich an welcher Schulform sie unterrichten.“ Für Schulleiter müssten außerdem die Anreize deutlich erhöht werden. Schulleiter hätten mittlerweile eine so große Fülle an Zusatzaufgaben, dass ihnen die Zeit zur Erfüllung der Leitungsaufgaben fehle. Die von ihnen verlangten Aufgabenfelder würden stetig wachsen, so Beckmann, das Gehalt sei dabei – insbesondere im Grundschulbereich – aber im Vergleich zu Lehrern nur minimal höher: „Wir fordern nichts Unangemessenes, sondern wir erwarten eine aufgaben-adäquate Bezahlung.“ Dann sei auch gewährleistet, dass sich z. B. mehr Lehrer

auf Schulleitungspositionen an Grundschulen bewerben, die besonders lange frei bleiben: „Ich empfinde es als Skandal, dass dieses Problem seit Jahrzehnten einfach ausgesessen wird.“

Auch die Inklusion war eins der heißen Themen auf der Delegiertenversammlung. Beckmann bemängelte auch hier, dass die Politik über Jahre hinweg den Kopf in den Sand gesteckt hätte, anstatt rechtzeitig für mehr Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen zu sorgen: „Wir haben nicht annähernd genügend Studierende an den Unis, um den Grundbedarf abzudecken, geschweige denn den Mehrbedarf.“ Die Schulen seien nicht vorbereitet, die Politik würde die Kommunen in vielen Ressourcen-Fragen allein lassen. Daher unterstützte Beckmann eindeutig die Linie von Schulministerin Sylvia Löhrmann, Ehrengast auf der Delegiertenversammlung, die eine Aufhebung des Kooperationsverbotes im schulischen Bereich fordert.

Löhrmann ging in ihrem Grußwort an die Delegierten hierbei noch einen Schritt weiter: „Das Kooperationsverbot sollte ein Kooperationsgebot werden. Hier gilt es, gemeinsam Druck zu machen.“ Es sei in der Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden gleicher-



© Frauke Schumann

maßen, die Bildungsbasis aller Kinder zu verbessern. Der VBE, so die Ministerin, sei dabei ein wichtiger Partner. Löhrmann machte vorab deutlich, welche Verbesserungen im Bildungsbereich seit der rot-grünen Regierungsübernahme in NRW eingetreten seien. Über 70 Schulen des längeren gemeinsamen Lernens seien gegründet worden, außerdem habe man den Schulleitungen mehr Leitungszeit gegeben. Dafür würden den Grundschulen 340 und den weiterführenden Schulen 224 zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung gestellt. Die Demografiegewinne würden unter Rot-Grün für systematische Qualitätsverbesserungen, die Umsetzung des Schulkonsenses, den Ausbau des Ganztags und die Inklusion genutzt.

„Sonderpädagogische Nachqualifizierung ist in der Finanzplanung fest verankert.“

www.didacta.de

didacta
die Bildungsmesse

Köln, 19. – 23. Februar 2013

- Kindertagesstätten
- Schule/Hochschule
- Ausbildung/Qualifikation
- Weiterbildung/Beratung
- Bildung & Technologie

Bildungsziel: Köln

Wer weiß, wie wichtig Bildung ist, hat ein klares Ziel: die **didacta 2013 in Köln**, die weltweit **größte und Deutschlands wichtigste Bildungsmesse!**

Bildung tanken und dabei sparen:

Wir unterstützen mit einmalig 100 Euro jede Busfahrt ab 15 Personen zur didacta nach Köln.

Sparen Sie auch beim **Online-Ticketkauf**: www.didacta.de



Koelnmesse GmbH
Telefon +49 180 510 3101*
Telefax +49 221 821-991370
didacta@visitor.koelnmesse.de

* (0,14 EUR/Min. aus dem dt. Festnetz,
max. 0,42 EUR/Min. aus dem Mobilfunknetz)

 koelnmesse

Besondere Beachtung fand bei Sylvia Löhrmann das Thema Inklusion: „Das ist die größte Herausforderung, die wir zu gestalten haben.“ Das sei ein Prozess, aber es sei spürbar, dass sich alle Schulformen auf den Weg machen – auch wenn es einigen Beteiligten nicht schnell genug gehe. Dennoch sei für sie klar: Die rot-grüne Landesregierung will bei der Inklusion investieren – als Beispiel nannte Löhrmann die Zahl der Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen. Diese habe sich innerhalb von zwei Jahren von 615 auf über 1.200 verdoppelt. Jetzt werde auch eine Ausweitung der Plätze für Sonderpädagogik an den Hochschulen in Angriff genommen. Dabei sei das geltende Hochschulgesetz ein Hindernis: „Wir können nicht sagen: Bildet mehr Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen aus! Dann sagen nämlich die Hochschulen: Wir haben eine Wahlfreiheit bei den Fächern.“ Die anderthalb Jahre laufende Nachqualifizierung, die die Landesregierung beschlossen hat, sei daher ein wichtiger Baustein und fest in der Finanzplanung verankert.

Eine Absage erteilte Löhrmann jedoch den zusätzlichen Konrektorinnen und Konrektoren an den Teilstandorten im Grundschulbereich. Hier habe man bereits in mehr Leitungszeit investiert, da man erkannt habe, dass Schulleitungen Zeit brauchen, um die vielfältigen Aufgaben auszuführen.

Im Anschluss an die Grußworte der Schulministerin und die Grundsatzrede Beckmanns warf Prof. Wolfgang Huber, Mitglied des Deutschen Ethikrates und ehemaliger Ratsvorsitzender der EKD, einen kirchlichen Blick auf das Motto der Delegiertenversammlung „Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen.“

Er unterstrich, dass die Bildungslandschaft großen Umwälzungen unterworfen sei. Daher sei es in einer globalisierten Welt wichtig, dass jedem Kind und jedem Jugendlichen die bestmöglichen Chancen auf ein ausgefülltes Leben gegeben werden: „Kein Talent darf ungenutzt bleiben, weil jeder Jugendliche als künftiger Facharbeiter oder Akademiker gebraucht wird.“ Dabei stehe jedoch

nicht der wirtschaftliche Nutzen im Vordergrund, sondern der Eigenwert jedes einzelnen Menschen, den die Gesellschaft zu achten hat. Kinder müssten daher neu ins Zentrum sämtlicher Anstrengungen gestellt werden – auch die Vereinbarkeit von Familienverantwortung und Berufstätigkeit gehöre dazu; dafür brauche man aber bessere Unterstützungssysteme in der Gesellschaft: „Es fehlt der Aufbau einer verlässlichen Infrastruktur mit leicht erreichbaren Hilfsangeboten für diejenigen Familien, die ihren Kindern und ihrer Entwicklung aus eigener Kraft nicht gerecht werden können.“



© Frauke Schumann

„Unser Bildungssystem ist überwiegend nach unten durchlässig.“

Dabei sei es vor allem wichtig, alle Kinder zu integrieren und keines auszugrenzen. Auch bei Problemen wie Lern- oder Verhaltensauffälligkeiten müssten alle Kinder erkennen, dass sie auch mit ihren Schwächen Wertschätzung erfahren. Aussortieren dürfe nicht zur Regel werden. Daher bedeute Bildungsgerechtigkeit auch, dass Kinder nicht von Angeboten ferngehalten werden, die sie fordern, nur weil sie diese vielleicht im ersten Anlauf nicht komplett annehmen können: „Unser Bildungssystem ist zwar durchlässig, aber überwiegend nach unten“, so Huber. Eine solche „Ghettoisierung“ dürfe nicht die Startbedingungen der Kinder beeinflussen. Vielmehr sei

es wichtig, die Messlatten zu hinterfragen, nach denen Lehrer manchmal Kinder bewerten und ihnen so möglicherweise, ohne es zu wollen, Chancen verbauen. Auch sei es wichtig, von den Klischees wegzukommen, dass nur Eltern aus bildungsnahen Schichten ihrem Kind eine entsprechende Förderung



© Frauke Schumann

zukommen lassen. Vielmehr müsse Eltern aus bildungsfernen Schichten gezeigt werden, wie sie trotz möglicher Hemmnisse ihre Kinder zu einem qualifizierten Schulabschluss führen können. Huber vertrat mit diesen Überlegungen das Konzept der „Befähigungsgerechtigkeit“, in dem er den entscheidenden Maßstab für die Weiterentwicklung des Bildungswesens sah.



© Dorota Cornik

Neuer Landesvorstand gewählt

Im Anschluss an den öffentlichen Teil wählte die Delegiertenversammlung ihren neuen Landesvorstand: Stefan Behlau (Schul- und Bildungspolitik), Jutta Endrusch (Berufspolitik), Ute Foit (zusätzliche stv. Vorsitzende ohne festen Arbeitsbereich), Bernhard Nolte (Finanzen) und Hans-Gerd Scheidle (Öffentlichkeitsarbeit). Udo Beckmann wurde mit 99 % der Stimmen für weitere fünf Jahre als Landesvorsitzender wiedergewählt. Ferner wurden in den Landesvorstand gewählt: Andreas von Kondratowicz (Schriftführer), Anne Deimel (Beisitzerin GS), Dr. Kai Frings (Beisitzer GeS), Jörg Oldenburg (Beisitzer HS), Anja Strube (Beisitzerin RS) und Barbara Wachenberg (Beisitzerin FöS) sowie Dorothea Stommel (HPR GeS/Sek.) und Agnes Wagner (HPR FöS).

Am Samstag, dem zweiten Tag der Delegiertenversammlung, ging es dann an die inhaltliche Ausrichtung des VBE NRW. Unter anderem wurde das Zukunftsprogramm für die nächsten fünf Jahre beschlossen.

Schul- und bildungspolitisch wird für den VBE die Umsetzung des Artikels 24 der UN-Menschenrechtskonvention ein Hauptarbeitsfeld sein. Lernen soll in allen Schulformen inklusiv und individuell erfolgen, dazu braucht es einen möglichst frühen Zugang zu einer hochwertigen und unentgeltlichen Bildung und Erziehung. Den Bedürfnissen Einzelner muss Rechnung getragen werden, daher bedarf es multiprofessioneller Teams mit hochqualifizierten pädagogischen Fachkräften. Ein Absenken der Gruppengrößen ist dabei unabdingbar. Politische Entscheidungen, z. B. die Einführung des Betreuungsgeldes, dürfen nicht dazu führen, dass Kinder erst später oder gar nicht eine Kindertageseinrichtung besuchen. Außerdem muss die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher auf europäisches Niveau angehoben werden, Fort- und Weiterbildungen zur Qualifizierung müssen sichergestellt werden. Im Primarbereich muss gewährleistet sein, dass Bildung wohnortnah zu finden ist – die hohe Lern- und Unterrichtsqualität muss auch in kleinen Systemen erhalten werden. Die Kooperation zwischen Elementar- und Primarbereich muss institutionalisiert werden und sich an einem gemeinsamen Bildungsverständnis orientieren.

VBE beschließt Zukunftsprogramm

FORUM
BILDUNG
HALLE 6

MARKTPLATZ
BERUF IST ZUKUNFT
HALLE 9

FORUM
UNTERRICHTS PRAXIS
HALLE 9

BILDUNG³

Aktuelle Themen, prominente Referenten, spannende Debatten:
Der Verband Bildungsmedien hat für Sie auf der didacta – die Bildungsmesse 2013 drei Diskussionsforen organisiert.
Alle Infos unter www.bildungsmedien.de/didacta

Der Verband Bildungsmedien ist Ideeller Träger
der didacta – die Bildungsmesse
(19. bis 23. Februar 2013, Koelnmesse).

VERBAND
**BILDUNGS
MEDIEN**

Außerdem setzt sich der VBE NRW für deutliche Verbesserungen im Rahmen der Inklusion ein: multiprofessionelle Teams, eine Erweiterung der Ausbildungskapazität für Sonderpädagogen und eine stärkere Vernetzung der beteiligten Institutionen müssen von der Politik forciert werden. Die Neustrukturierung der Lehrerbildung soll zu einer verbesserten Qualität, mehr Chancengerechtigkeit und Vergleichbarkeit führen. Dieser Umsetzungsprozess, der bis 2016 dauert, muss wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden.



© Dorothea Genik

Udo Beckmann (Mitte) verabschiedet Mitglieder des alten Landesvorstands: V. l.: Bernhard Weege, Herbert Boßhammer, Dorothea Stommel, Ise Veit, Alfred Kruft, Abert Hohenlöchter, Bruno Quernheim und Mathia Arent-Krüger

Die berufspolitischen Fragen stellen den weiteren Schwerpunkt des Zukunftsprogramms dar. So setzt sich der VBE für eine grundsätzliche Verbeamtung der Lehrkräfte ein, damit geht auch eine Aufhebung des Verbeamtungsalters einher. Zudem dürfen tarifbeschäftigte Lehrerinnen und Lehrer ihren verbeamteten Kollegen gegenüber nicht benachteiligt werden – weder in der Bezahlung noch in Hinsicht auf einen beruflichen Aufstieg. Dazu zählt auch, die Entgeltordnung für tarifbeschäftigte Lehrkräfte (EG 13 als Eingangsamt) auf den Weg zu bringen.

Wegen der demografischen Entwicklung und der längeren Lebensarbeitszeit ist es wichtig, dass attraktive Arbeitszeitmodelle entwickelt und erprobt werden, die auch gesundheitlichen Fragen Rechnung tragen. Ein weiteres Augenmerk des berufspolitischen Zukunftsprogramms liegt auf der Besoldung der Schulleitungsämter. Der VBE wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass ihre Besoldungsstufe mindestens zwei Stufen über der eines Lehrers liegt (Konrektoren: mindestens eine Stufe). Außerdem fordert der VBE eine deutliche Erhöhung der Leitungszeit auf mindestens 20 Stunden. Auch die Option, Schulleitungs-Teams zu bilden, sollte stärker genutzt werden, damit Arbeiten auf mehrere Schultern

verteilt werden. Das gilt vor allem für Teilstandorte von Grundschulen – hier muss mindestens ein Konrektor als ständiger Ansprechpartner für Schüler, Eltern und Lehrer vorhanden sein.

Anträge: Pro Wertevermittlungs-Unterricht – Kontra Beitragsanpassung für Pensionäre

Neben dem Zukunftsprogramm standen auch verschiedene Anträge aus den Kreis- und Stadtverbänden auf der Tagesordnung. So wurde z. B. der Antrag des Landesvorstandes angenommen, nach denen der VBE sich dafür einsetzen soll, dass Kinder, die keiner Kirche oder Glaubensrichtung angehören, trotzdem in den Jahrgängen 1-6 ein Angebot zur Wertevermittlung bekommen. Ebenfalls stattgegeben wurde dem Fusions-Antrag der Stadtverbände Mülheim a. d. Ruhr und Oberhausen sowie dem Antrag des Kreisverbandes Heinsberg, sich dafür einzusetzen, dass das Angebot an Ausbildungsplätzen für Sonderpädagogik deutlich erhöht wird, um den Anforderungen der Inklusion gerecht zu werden. Abgelehnt hingegen wurde der Antrag des Stadtverbandes Solingen, der eine Anpassung der Beiträge für pensionierte Teilzahler forderte. Ebenfalls negativ beschieden wurde der Antrag des Kreisverbandes Gütersloh, der forderte, die 18 %ige Umlage, die beim Kreisverband bleibt, auf diesem Niveau zu belassen.

Außerplanmäßiges Highlight der Delegiertenversammlung war der Nordrhein-Westfälische Abend am Samstag. Das Programm wurde u. a. vom Dortmunder Kabarettisten Bruno Knust gestaltet, der als „Müllmann Günna“ über die Politik, die Gesellschaft und das Leben als solches philosophierte – natürlich mit entsprechender „Ruhrpott-Kodderschnautze“. Weiteres Highlight war der Auftritt der Band TOBe, in der u. a. Bernhard Nolte spielt. Bei Klassikern wie „Just can't get enough“ und „Bad Moon Rising“ hielt es dann auch keinen Delegierten mehr auf den Sitzen: Tanzen, Klatschen und Mitsingen war angesagt – der Satz des Tages, der in fast jeder Gesprächsrunde mindestens einmal auftauchte, war: „So eine Delegiertenversammlung haben wir noch nie erlebt!“

Das VBE-Zukunftsprogramm sowie die beschlossenen Anträge finden Sie auf www.vbe-nrw.de.

Redaktion



@human - photocase.de

Schild: ©cricquedesprit - fotolia.com

Bei der Podiumsdiskussion auf der Delegiertenversammlung des VBE NRW war Inklusion das alles beherrschende Thema. Monika Pieper, parlamentarische Geschäftsführerin der Piraten, war Förderschullehrerin und hat daher einen besonderen Blick auf dieses Thema. Mit „Schule heute“ sprach sie über die Herausforderungen beim Gemeinsamen Unterricht, aber auch über andere schulpolitische Themen.

Schule heute: Als ehemalige Förderschullehrerin wissen Sie um die Herausforderungen, die der Unterricht mit behinderten Kindern mit sich bringt. Nächstes Jahr soll der Rechtsanspruch der Eltern auf einen solchen Platz auf einer Regelschule für ihr behindertes Kind kommen – wenn Sie sich die momentane Lage ansehen, in der sich Schulen befinden: Für wie realistisch halten Sie dieses Ziel?



überfordert sind. Sie wissen einfach nicht, wie man Schüler integriert, die Vorlaufzeit war viel zu kurz.

Sh: Was fehlt denn konkret?

Pieper: Als allererstes fehlt Zeit, in der der Sonderpädagoge und der Regelschullehrer sich finden können, ein Team bilden können, gemeinsam Unterricht vorbereiten können. Normal ist es ja so, dass ein Lehrer der Förderschule abgeordnet wird und von einem Tag auf den anderen gemeinsam mit einem Regelschullehrer in eine Klasse soll. Es fehlt die Zeit, um ein Konzept zu entwickeln, wie man gemeinsam mit der neuen Situation umgeht.

Lehrer sind mit der Situation, wie sie gerade ist, überfordert.

Monika Pieper: Es wird den Rechtsanspruch ja zunächst für die Klassen 1 und 5 geben, und ich halte das für durchaus realistisch, denn es ist ja nicht so, dass jetzt tausende Schüler mit Förderbedarf die Regelschulen „überschwemmen“ werden, das werden erst mal Einzelfälle sein.

Sh: Eltern werden sich also erst mal größtenteils anschauen, wie es bei anderen Schülern läuft, bevor sie sich selbst trauen, ihr Kind auf eine Regelschule zu schicken ...

Pieper: Ja, vor allem da, wo die Förderschule sehr gute Arbeit leistet. Wenn ich mit der Arbeit der Schule zufrieden bin, warum soll ich dann hergehen und mein Kind auf eine andere schicken?

Sh: Sind die Bedingungen an den Regelschulen denn im Moment so weit, dass Kinder mit Förderbedarf dort problemlos unterrichtet werden können?

Pieper: Aus meiner Erfahrung sind die alles andere als ok. Wir hatten jetzt viele Hospitationen von Lehrern der Regelschule, die im Moment mit der Situation, wie sie gerade ist,

Sh: Dieses gemeinsam-in-die-Klasse-gehen ist das, was der VBE fordert – die durchgängige Doppelbesetzung. Die Schulministerin will eine höchstens 75%-ige Doppelbesetzung ...

Pieper: Ich bin absolut für die Doppelbesetzung – und ich sehe da ein bisschen auch einen Trick hinter der Aussage der Ministerin: Ich befürchte, dass man dann sagt, es müsse nicht unbedingt ein Sonderpädagoge sein, sondern irgendeine andere Art von Unterstützungssystem, z. B. Inklusions-



assistenten, das wäre dann ja sehr charmant, denn diese müssten dann von den Kommunen bezahlt werden. Da sehe ich noch viel Konfliktpotenzial.

Sh: Konfliktpotenzial gibt's aber auch bei den Klassengrößen, da ist man sich auch noch uneins, wie groß eine Klasse sein darf und wie viele Kinder mit Förderbedarf in ihr höchstens sein sollten.

Pieper: Man müsste sich eigentlich an Bremen anlehnen, auch wenn das teuer ist. Die haben das Konzept 12 + 8. Also insgesamt 20 Kinder in einer Klasse, davon 8 mit Handicap. Ich glaube, das ist eine Situation, mit der man gut arbeiten kann – 20 ist dann auch die Maximalzahl.

30 Schüler pro Klasse sind deutlich zu viel.

Sh: Aber dennoch sind 8 Schüler mit Förderbedarf immer noch eine Menge ...

Pieper: Bei einer Doppelbesetzung dürfte das aber gehen. Und ich finde es auch nicht so gut, wenn zu wenig Schüler mit Handicap in einer Klasse sind, denn im Grunde ist es auch ein Gefühl, das verbindet, wenn man in einer Gruppe ist von Schülern, die z. B. Lernschwierigkeiten haben – das stärkt dann auch. Ich habe aber vor allem die Sorge, dass Förderschulen dicht gemacht werden ...

Sh: Das ist zumindest laut Aussage der Landesregierung aber nicht geplant ...

Pieper: ... na, aber ich sehe ja, was auf kommunaler Ebene los ist. Viele Kommunen sagen sich schon jetzt: „Prima, die Gebäude können wir uns sparen, die machen wir dann langsam dicht.“ Und aus meiner Erfahrung als Förderschullehrerin heraus sage ich klar: Es gibt Schüler, die werden es nicht schaffen, in einer Gruppe von 15–20 Regelschulkindern zu lernen. Diese Schüler werden – zumindest temporär – weiter eine Förderschule brauchen.

Sh: Bleiben wir mal bei der Klassengröße – gehen aber hin zu den Sekundarschulen: Da liegt die Klassengröße bei bis zu 30 Schülern.

Pieper: ... aber der Spielraum ist ja recht groß, nicht jede Klasse hat wirklich 30 Schüler – aber diese Zahl 30 halte ich auch für unmöglich, wenn ich von Hauptschul- bis Gymnasial-Niveau unterrichten will, dann ist das einfach zu viel.

Sh: Längeres gemeinsames Lernen scheint aber wirklich „In“ zu sein, so stark, wie diese Schulen nachgefragt werden.

Pieper: Ich finde, das ist eine gute Sache, weil es wirklich viele Fälle gibt, bei denen sich ein Lernpotenzial entwickelt, das nicht sofort absehbar war. Und wenn ich die Kinder so früh einsortiere, dann verharren sie oft auf einer Schule, auf der sie unterfordert sind. Ich glaube, dass viele andere Probleme gar nicht gesehen werden, man muss sich vielleicht auch genau überlegen, wie es mit der Notengebung laufen soll, da sollte man sich vielleicht auch ein paar neue Strukturen überlegen. Ich kann ja nicht von Hauptschule bis Gymnasium unterrichten, und dann Noten geben. Was hieße das konkret: Wenn ich zwei oder drei Jahre lang nur Fünfen geschrieben habe, werde ich in den Hauptschulzweig einsortiert? Da sind noch viele Probleme, die viele noch gar nicht auf dem Schirm haben.

Sh: Sie hatten da als Piraten-Partei die Idee: Weg von den starren Klassen – hin zu flexiblen Kursen. Wie soll das funktionieren in dem sehr straffen deutschen Schulsystem?

Pieper: Es geht darum, dass man in jedem Fach in einem Kurs ist, der der eigenen Leistungstärke entspricht. Das heißt, man kann sein Mathe-Abitur vielleicht schon nach der 11. Klasse haben und für Englisch braucht man dann vielleicht etwas länger. Das wäre eine fließende Schullaufbahn – es würden Zertifikate erworben, und wenn man bestimmte Zertifikate hat, dann reicht das eben für den einen oder anderen Abschluss. Das kann auch durchaus über verschiedene Lernmaterialien mit einer Binnendifferenzierung laufen.

Sh: Aber die Absolventen so einer Schule brauchen ja durchaus irgendeine Art von einheitlichem Abschluss, wenn sie z. B. studieren wollen. Die Anerkennung muss gewährleistet sein.

Pieper: Man müsste dieses System an ein oder zwei Modellschulen ausprobieren und z. B. Vergleichsarbeiten schreiben, die vergleichbar sind mit anderen Schulen. Es spricht auch nichts dagegen, die Abiturarbeiten genauso zu machen.

Sh: Glauben Sie denn, dass 11- oder 12-jährige Kinder abschätzen können, welche Kurse wichtig und unabdingbar sind? Der ein oder andere würde vielleicht als erstes Mathe, Physik und Co. abwählen ...

Pieper: Darum geht's nicht – das muss ich ganz klar sagen. Es wird natürlich eine Pflicht geben, z. B. Mathe-Kurs 1–5 – es geht nur darum: Wer das schneller schafft, der muss nicht langsamer arbeiten, als es seinen Fähigkeiten ent-



spricht. Das Niveau, auf dem gearbeitet wird, sollte genau dem Schüler entsprechen. Heute sitzen verschiedene Schüler in einer Klasse, die einen sind überfordert, die anderen unterfordert, und Lehrer halten sich dann häufig ans Mittelmaß. Meine Erfahrung zeigt, dass häufig auch hochbegabte Schüler in Klassen sitzen, die nicht so arbeiten, wie sie arbeiten könnten. Die könnten durch solche Zertifikate schneller lernen, ohne eine Klasse zu überspringen. Manche sind ja nur in bestimmten Bereichen besonders begabt, warum sollten die dann andere Bereiche überspringen. Das ist genauso, als wenn Kinder sitzenbleiben, obwohl sie nur in zwei Fächern schlecht sind – die müssen durch die Wiederholung die Sachen, die sie gut können, doppelt lernen.

Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss fallen.

Sh: Sie sind also auch strikt gegen Klassenwiederholungen?

Pieper: Ja natürlich. Und in einem Kurs-System käme so etwas auch nicht vor – man müsste den Kurs wiederholen, den man nicht geschafft hat, aber nicht das ganze Jahr!

Sh: Gehen wir mal da hin, wo Lernen das erste Mal beginnt – in den Kindergarten. Familienministerin Schäfer hat vor ein paar Wochen ihre Pläne vorgestellt, wie sie mehr Kita-Plätze, speziell im U3-Bereich, schaffen will. Für den VBE sind diese Pläne eine Aushöhlung des eigenen Gesetzes, weil nur die Quantität nach oben geschraubt wird, aber bei der Qualität nicht viel ankommt.

Pieper: Ich finde diese Vorschläge auch schlecht. Die sind aus der Not geboren. Aufgabe wird es jetzt sein, darauf zu achten, dass das wirklich nur eine Übergangsphase ist. Aber die Befürchtung dahinter ist ja: Wenn man das jetzt einmal eingeführt hat, wird das erst mal die nächsten Jahre so weiterlaufen.

Sh: Die Stadt Mainz kennt das Problem nur zu gut – weil es in Rheinland-Pfalz den Anspruch schon länger gibt, aber es auch nicht genügend Plätze gibt, muss sie jetzt per Gerichtsbeschluss die privaten Betreuungskosten für ein zweijähriges Kind zahlen. Befürchten Sie so etwas auch für NRW?

Pieper: Das wird es sicher in Einzelfällen geben. Die Frage ist tatsächlich, in wie weit Eltern diesen Anspruch wirklich einklagen. Das haben wir aber letztendlich an vielen Stellen – dass auf Landesebene Gesetze gemacht werden und die Kommunen dann in finanzielle Schwierigkeiten kommen, weil sie das bezahlen müssen, was oben verordnet wird.

Sh: Was raten Sie denn den Eltern, die im nächsten Jahr keinen Platz für ihr unter 3-jähriges Kind bekommen: „Bleibt zu Hause“ oder „Verklagt das Land“?

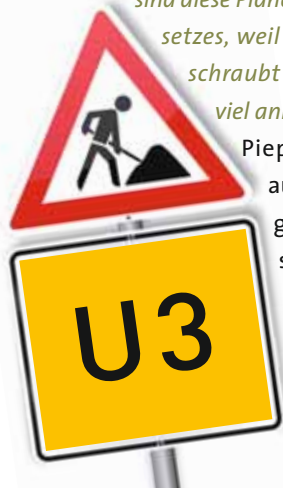
Pieper: Ich würde das Land verklagen. Ich kann doch nicht ein Gesetz machen, was ich nachher nicht umsetzen kann. Ich muss mir doch vorher überlegen, ob es realistisch ist – und wenn es nicht funktioniert, muss ich mich fragen, ob dieses Gesetz Sinn macht. Wobei: Man muss das Gleiche auch dem Land vorwerfen. Der Bund macht auch Gesetze, bei denen das Land plötzlich dasteht und nicht weiß, wie sie finanziert werden sollen. Da ist mehr Zusammenarbeit vonnöten.

Sh: Wo fehlt diese Zusammenarbeit?

Pieper: In vielen Fällen. Wenn man sich z. B. das Kooperationsverbot ansieht, das dem Bund untersagt, die Bildung zu unterstützen – da muss einiges passieren, denn die Länder und Kommunen können das gar nicht schultern.

Sh: In Sachen Kooperationsverbot sind Sie also mit der Landesregierung auf einer Linie ...

Pieper: Auf jeden Fall! Es ist einfach unrealistisch, zu glauben, dass NRW alle Aufgaben im Bildungsbereich alleine stemmen könnte.



Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtdarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-040 40 41
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke
NÜRNBERGER

Sh: Im 8. Schulrechtsänderungsgesetz waren Sie sich (ebenfals) mit der Landesregierung einig: Die wohnortnahen Grundschulen sollen erhalten bleiben. Was uns vom VBE aber fehlt, ist die Lösung der Schulleiterproblematik und der nicht-besetzten Stellen.

Pieper: Wir Piraten haben ja auch schon eine Kleine Anfrage dazu gestellt. Viele scheuen sich davor, die Fortbildungen, die für Schulleiter-Posten gebraucht werden, selbst zu bezahlen. Es ist einfach ein Ünding, dass so etwas mehrere tausend Euro kostet – zumal man bei Jobantritt dann auch teilweise nicht mal wie ein Schulleiter bezahlt wird. Der Job ist einfach überhaupt nicht attraktiv! Schulleiter-Sein ist eine Riesenverantwortung, das erlebe ich regelmäßig in Gesprächen mit Eltern, und diese paar Ermäßigungstunden rechnen das nicht auf. Man muss den Schulleitern ein attraktiveres Arbeitsumfeld geben – und man muss diese Stellen einfach besser bezahlen, denn die paar Euro mehr im Vergleich zu der Verantwortung und zu der Arbeit, die dahintersteckt, stehen in keinem Verhältnis zueinander.

Die Unterschiedliche Bezahlung von Lehrkräften muss angepaßt werden.

Sh: Hinzu kommt ja auch, dass viele Aufgaben bei Schulleitungen einfach draufgesetzt werden, die nicht ursprünglich dazu gehören ... da ist der Schulleiter auch schon mal seine eigene Sekretärin oder tauscht als Hausmeister die Glühbirnen aus ...

Pieper: Richtig – das kommt ja auch auf die Sonderpädagogen zu – immer mehr Aufgaben: Die Eltern beraten, die Schüler beraten, das Material vorbereiten, das wird nirgendwo angerechnet. Ich sehe das relativ kritisch, wenn diese zusätzlichen Arbeiten ohne die entsprechende Entlastung dazukommen.

Sh: Wie sieht es mit der Präsenz von Konrektoren an jedem Teilstandort einer Grundschule aus?

Pieper: Auf jeden Fall, der muss sein. Ich finde, gerade für die Kollegen, aber auch für Eltern muss jeden Tag jemand vor Ort sein, der Ansprechpartner ist. Genauso wichtig ist, dass beide Standorte in der Schulkonferenz vertreten sind.

Sh: Sie sprachen gerade schon die bessere Bezahlung an. Das ist für uns vom VBE aber nicht alles – wir erwarten, dass Lehrer auch grundsätzlich alle verbeamtet werden.

Pieper: Da kann ich erst mal nicht für die Piraten sprechen, dazu haben wir keine feste Position. Ich selbst glaube schon, dass das sinnvoll ist. Was ich viel wichtiger finde, ist aber die gleiche Bezahlung. Angestellte und Verbeamtete sowieso – aber ich finde es auch sehr seltsam, dass es im Rahmen der Inklusion Lehrer an der Schule gibt, die völlig unterschiedlich bezahlt werden, je nachdem, welche Ausbildung sie haben, obwohl sie eigentlich die gleiche Arbeit machen. Und daneben finde ich es sehr kompliziert mit den unterschiedlichen Unterrichtsverpflichtungen. Das bringt unglaubliche Konflikte in die Schulen, wenn der eine mehr unterrichten muss und der andere weniger und dafür noch unterschiedliches Geld kriegt. Da ist großer Handlungsbedarf, dass man überlegt, wie man das anpasst.

Sh: Frau Pieper, vielen Dank für das Gespräch.



Das Interview führte Dorota Gornik, Pressereferentin VBE NRW

Schlesien

vom 6. bis 16. Mai 2013

Übernachtungen im St. Wenzeslaus-Stift zu Jauernick bei Görlitz(2), in Breslau(3), Frankenstein und Silberberg(3) (alternativ) und Krummhübel/Rsgeb.(2).

Gesamtpreis: 812,00 EUR, EZ-Zuschlag: 109,00 EUR

13. Studienfahrt in das „Deutschordensland Preußen“ vom 24. Juli bis 13. August 2013

Übernachtungen in Posen(1), Thorn(2), Allenstein(1), Rauschen/nördliche Samlandküste(5), Tilsit(1), Memel(1), Nidden/Kurische Nehrung(2), Marienburg a. d. Nogat(3), Kolberg(1) und Stettin(1).

Gesamtpreis: 1.610,00 EUR, EZ-Zuschlag: 287,00 EUR

Beide Reisen beginnen und enden in Olsberg/Hochsauerlandkreis und werden mit einem modernen klimatisierten Fernreisebus durchgeführt.

Information, Programm und Anmeldung:
Josef Engel, Buchenweg 3, 59939 Olsberg, Tel. 02962/5612,
Fax 02962/86162, E-Mail: josefkonradengel@t-online.de



Bildung gemeinsam verantworten

Bildungskongress des
Deutschen Städtetages
2012 in München



© Christian Rudnik Fotodesign

Am 8. und 9. November 2012 fand in München der bundesweite Bildungskongress des Deutschen Städtetages zum Thema „Bildung gemeinsam verantworten“ statt. Zwei Tage lang diskutierten über 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Deutschland in München über das erweiterte kommunale Engagement in verschiedenen Bildungsbereichen und stellten Best-practice-Beispiele vor, beispielsweise im Bereich frühkindliche Bildung, Bildungsmonitoring und -management, Inklusion im Schulbereich, Übergang Schule und Beruf sowie Weiterbildung und lebenslanges Lernen.

Der Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister von München, Christian Ude, führte aus, dass gute Bildung eine gemeinsame Aufgabe aller öffentlichen Ebenen sei. Die im Zuge der Föderalismusreform vorgenommene Entflechtung der Zuständigkeiten des Bundes und der Länder habe sich im Bildungsbereich nicht bewährt. Das Kooperationsverbot sollte daher baldmöglichst abgeschafft werden und die Bildungsförderung wieder als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern ausgestaltet werden. Allerdings brauche eine funktionierende kommunale Bildungslandschaft als ein vernetztes System von Erziehung, Bildung und Betreuung größere kommunale Gestaltungsmöglichkeiten, insbesondere bei den Schulen: „Die Städte kennen die örtlichen Verhältnisse am besten. Deshalb brauchen die kommunalen Schulträger Kompetenzen, um auf die demografische Entwicklung, ein verändertes Schulwahlverhalten der Eltern und den Trend zu integrierten Schulen reagieren zu können. Wichtig ist deshalb, praxistaugliche und bedarfsgerechte Schulstrukturen zu schaffen und den Städten größtmögliche Flexibilität und Gestaltungsmöglichkeiten bei der Schulorganisation vor Ort einzuräumen“, so Ude weiter. Die Länder müssten gleichzeitig für die grundlegenden gesetzlichen Rahmenbedingungen und einheitliche Standards zuständig bleiben.

Sylvia Löhrmann, Vizepräsidentin der Kultusministerkonferenz der Länder sowie Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen, machte deutlich: „So vielfältig und plural wie unsere öffentlich verantwortete Bildungslandschaft ist, so vielfältig sind auch unsere regionalen Bildungsnetzwerke. Wir stehen vor großen gesellschafts- und bildungspolitischen Herausforderungen, die nur gesamtgesellschaftlich gelöst und finanziert werden können. Gesamtgesellschaftlich heißt: Kommunen, Länder – und der Bund.“



Die Städte begreifen Bildung als Zukunftsstrategie und wollen ihre Ressourcen für Bildung weiter bündeln und vernetzen. Die Kommunen appellieren an Bund und Länder, die gemeinsame Verantwortung für die Bildung ernst zu nehmen und kommunale Handlungsmöglichkeiten zu erweitern. Wichtige Ziele und Forderungen des Deutschen Städtetages für ein verstärktes kommunales Engagement wurden in einer „Münchener Erklärung“ präsentiert und diskutiert mit vier zentralen Forderungen:

1. Kommunale Bildungslandschaften weiterentwickeln
2. Kommunale Handlungsmöglichkeiten und Rechte in der Bildung erweitern
3. Bildung gemeinsam verantworten – Kooperationsverbot abschaffen
4. Engagement der Städte und Gemeinden finanziell sicherstellen.

Münchener Erklärung
http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/muenchener_erklaerung_2012_final.pdf

© dwmd - photocase.de



Beitragsanpassung ab 1. Januar 2013

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die durch die Tarifabschlüsse erzielte Erhöhung des Bruttoeinkommens der Beschäftigten hat satzungsgemäß eine Anpassung der Mitgliedsbeiträge zur Folge. Für 2013 bedeutet dies allerdings nur eine geringe Erhöhung in den betroffenen Beitragsgruppen. Den genauen Mitgliedsbeitrag ab 01.01.2013 entnehmen Sie bitte der nebenstehenden Tabelle und natürlich auch immer unter www.vbe-nrw.de.

Mit freundlichen Grüßen

Bernhard Nolte,

stv. Vorsitzender, Bereich Finanzen

Gruppe	Vollzahler (EUR)	Teilzahler (EUR)	Pensionäre (EUR)
Studentinnen/Studenten	1,50		
arbeitslose/beurlaubte L.	1,50		
LAAs	2,50		
A 6 / EG 5	10,50	7,50	7,00
A 7 / EG 6	11,00	7,50	7,00
A 8 / EG 7	12,00	8,50	8,00
A 9 / EG 8	12,50	9,00	8,50
A 10 / EG 9	14,00	10,00	9,50
A 11 / EG 10	15,00	10,50	10,00
A 12 / EG 11	16,50	11,50	11,00
A 13 / EG 13	18,50	13,00	12,50
A 14 / EG 14	20,00	14,00	13,50
A 15 / EG 15	22,00	15,50	15,00
A 16 / EG 15Ü	24,00	17,00	16,50

Hinweis: Teilzahler sind Mitglieder, die 75 % und weniger der normalen Besoldung oder Vergütung erhalten. Pensionäre/Rentner erhalten entsprechend der bisherigen Beitragsordnung Ermäßigung.
Die o. g. Beiträge werden vierteljährlich per Lastschrift eingezogen. Gültig ab 01.01.2013.



Kleine Klassen für individuelle Förderung

Der VBE auf der didacta 2013

Auch in diesem Jahr ist der VBE wieder auf der didacta, der weltweit größten und Deutschlands wichtigsten Bildungsmesse, vertreten. Vom 19. bis zum 23. Februar 2013 präsentiert sich der VBE zusammen mit rund 800 Ausstellern auf dem Messegelände in Köln

und bietet den Besuchern ein interessantes Programm aus Vorträgen, Foren, Workshops und Seminaren. Das Schwer-

punkthema des VBE wird die Inklusion sein – u. a. wird sich Schulministerin Sylvia Löhrmann sowie die bildungspolitischen Sprecher der Parteien der Diskussion stellen.

Wir freuen uns auf den Erfahrungsaustausch mit Kollegen und viele persönliche Begegnungen. Sie finden uns in Halle 6.1, Gang D Nr. 068 und Gang E Nr. 069.

Weitere Informationen zur didacta 2013 sowie den Anmeldemodalitäten finden Sie in Kürze auf der VBE-Homepage unter www.vbe-nrw.de.

Altersteilzeit, Ruhestand und Versorgung

Beratungshotline für Lehrerinnen und Lehrer am 23.01.2013

Durch das Inkrafttreten des Landesbeamtengesetzes (LBG) vom 21.04.2009 haben sich die Altersgrenzen auch für Lehrerinnen und Lehrer verschoben. Das LBG schafft damit neue Altersgrenzen für die verbeamteten Lehrkräfte. Die Altersteilzeit bietet eine Möglichkeit, den Ruhestand vor Erreichen des 67. Lebensjahres zu beginnen.

Mit der nun angekündigten Verlängerung der Altersteilzeit „unter erschwerten Bedingungen“ bis 2015 stellt sich für viele Lehrkräfte die Frage, ob die Altersteilzeit noch lohnt oder ob andere Ruhestandsregelungen denkbar sind.

Der VBE bietet seinen Mitgliedern im Rahmen des Servicetelephons eine Beratungshotline (**0231 / 43 38 63**) an.

Am 23.01.2013 können Sie sich in der Zeit von 14:00-19:00 Uhr zu den erwarteten Änderungen der Altersteilzeit durch unsere kompetenten Ansprechpartner aus dem Beraterteam des VBE beraten lassen.

Wir freuen uns auf Ihren Anruf!

RA Martin Kieslinger
Ltd. Justiziar VBE NRW



© Michael Willerns - Fotolia.com

Im Schuldienst hat der Satz, dass man als Lehrkraft niemals einen Schüler oder eine Schülerin berühren darf, eine lange Tradition.

Fraglich ist aber in diesem Zusammenhang, ob und unter welchen Bedingungen sich Lehrkräfte z. B. in einen Streit zwischen Schülern einmischen dürfen/müssen und unter welchen Umständen sogar eine Pflicht besteht einzugreifen. Insbesondere aus strafrechtlicher Sicht ist der einleitende Satz nicht haltbar, denn z. B. eine Körperverletzung (§ 223 StGB) liegt nur vor, wenn man einen anderen körperlich misshandelt oder an der Gesundheit schädigt. Auch die Nötigung (§ 240 StGB) setzt eine Gewaltanwendung oder schwerwiegende Drohung voraus.

Daher kann man pauschal sagen, dass es nicht verboten ist, Schülerinnen und Schüler zu berühren, dass es zulässig ist, in einer Gefahrensituation aus Notwehr zu handeln oder z. B. einem angegriffenen Schüler Nothilfe zu leisten. Darüber hinaus sind Lehrkräfte nicht dazu verpflichtet, sich im Rahmen einer Gefährdungssituation selbst in die Gefahr einer körperlichen Verletzung zu begeben.

Wir empfehlen allerdings ausdrücklich, eine Distanz zu Schülerinnen und Schülern zu wahren und tatsächlich nur in Gefahrensituationen einzugreifen, wenn die Gesundheit anderer oder die eigene Gesundheit gefährdet ist. Bei Disziplinproblemen von Schülerinnen und Schülern sind Lehrkräfte auf verbales Eingreifen und Ordnungsmaßnahmen nach § 53 SchulG verwiesen. Einen Schüler z. B. mittels „sanfter“ Gewalt aus der Klasse zu geleiten, führt in der Praxis immer wieder zu unschöner Korrespondenz mit Eltern, Anwälten oder Dienststellen, selbst wenn die Grenze zur Körperverletzung nicht überschritten wurde.

Reise(n)kosten,

dies muss das Ministerium für Schule und Weiterbildung nun endgültig akzeptieren.

Zur Vorgeschichte: Im Schuldienst des Landes NRW ist es seit langen Jahren üblich, dass Lehrerinnen und Lehrer, die auf Klassenfahrt gehen, die entstehenden Reisekosten selber tragen. Zu diesem Zwecke wurden sie aufgefordert eine sogenannte Verzichtserklärung abzugeben. Nur dann durfte eine Schulleitung die Klassenfahrt/Dienstreise überhaupt genehmigen, falls das Reisekostenbudget der Schule nicht ausreichend hoch war.

Auch in den aktuellen Wanderrichtlinien für Schulen (BASS 14-12 Nr. 2) heißt es: *„Soweit nicht gewährleistet ist, dass Reisekostenmittel in ausreichender Höhe zur Verfügung stehen, darf die Dienstreise nur genehmigt werden, wenn die teilnehmenden Lehrerinnen und Lehrer und die weiteren Begleitpersonen zuvor schriftlich auf die Zahlung der Reisekostenvergütung verzichten.“*

Diese Praxis haben seit längerer Zeit schon die Arbeitsgerichte als rechtswidrig angesehen und festgestellt, dass ein Tarifbeschäftigter nicht auf seine tariflich festgesetzten Ansprüche wirksam verzichten kann. Hierdurch wurde den tarifbeschäftigten Lehrkräften berechtigterweise die Möglichkeit gegeben, trotz Verzichtserklärung die Reisekosten nachzufordern (u. A. BAG 16.10.2012, AZ 9 AZR 183/11).

Nun hat mit Urteil vom 14.11.2012 das Oberverwaltungsgericht Münster auch für den Beamtenbereich (Aktenzeichen 1 A 1579/10) entschieden, dass das Verlangen des Dienstherrn nach Abgabe einer Verzichtserklärung für Reisekosten bereits eine unzulässige Rechtsausübung darstellt.

Damit ist das Ministerium nun gezwungen, eine rechtskonforme Regelung zu schaffen. Der VBE wird dieses Verfahren kritisch begleiten. Fest steht aber, dass Klassenfahrten für Lehrer kein Freizeitvergnügen, sondern fester Bestandteil der Bildungs- und Erziehungsarbeit sind.

RA Martin Kieslinger
Ltd. Justiziar VBE NRW



Ein neuer Service des VBE

Melden Sie sich an unter
www.vbe-nrw.de



Einkommensrunde 2013 startet

Im Januar 2013 ist es soweit – die neue Einkommensrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder beginnt. Der Deutsche Beamtenbund (DBB) als Dachorganisation des VBE wird gemeinsam mit ver.di in die anstehende Einkommensrunde mit den Ländern ziehen und im Dezember die gemeinsamen Forderungen präsentieren. Der neue dbb-Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt erwartet eine schwierige Auseinandersetzung: Trotz der angekündigten Sparhaushalte in den Ländern dürften die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgegrenzt werden. Außerdem wolle der Beamtenbund dafür sorgen, dass dieses Mal das Tarifergebnis in allen Bundesländern ohne Abstriche auch auf den Beamtenbereich übertragen werde. Die Unterschiede bei der Beamtenbesoldung zwischen den einzelnen Bundesländern dürften nicht noch größer werden. Dauderstädt machte deutlich, dass der DBB, sollte es bei den Verhandlungen zu keiner Einigung kommen, Protest- und Streikaktionen starten wird. Der VBE NRW wird den DBB hierbei tatkräftig unterstützen. „Wir werden die Tarifaueinandersetzungen im Rahmen der Einkommensrunde 2013 mit begleiten und dem

DBB den Rücken stärken, indem wir uns an notwendigen Protestaktionen beteiligen“, bekräftigt Jutta Endrusch, stellvertretende Vorsitzende des VBE NRW und Mitglied der Bundestarifkommission. „Die Beamten müssen sich mit den Tarifbeschäftigten solidarisch zeigen, damit wir bei den Tarifkonflikten erfolgreich sein können. Der VBE wird sich dafür stark machen, dass der Öffentliche Dienst attraktiv bleibt – für die heutigen und die zukünftigen Beschäftigten. Im Lehrerbereich ist dafür zwingend eine Entgeltordnung notwendig, damit endlich Schluss ist mit der Bezahlung nach Gutsherrenart.“

Über den Verlauf der Verhandlungen sowie mögliche Aktionen werden wir zeitnah unter www.vbe-nrw.de informieren.



Jutta Endrusch wurde auf der VBE-Delegiertenversammlung 2012 zur stv. Vorsitzenden für den Bereich Berufspolitik gewählt.

Nachrichten +++ Nachrichten +++ Nachrichten +++

Qualitätsanalyse an Schulen

Schulministerin Sylvia Löhrmann hat entschieden: Die Qualitätsanalyse an den Schulen in Nordrhein-Westfalen wird zwischen Januar und Juli 2013 an Gymnasien nur auf freiwilliger Basis durchgeführt. Hintergrund ist der doppelte Abiturjahrgang 2013. Die Ministerin erklärte, dass die Gymnasien in NRW im nächsten Jahr zwei Jahrgänge gleichzeitig zum Abitur führen. Das sei eine besondere Herausforderung, die von den Lehrerinnen und Lehrern angenommen und mit großem Einsatz umgesetzt wird. Damit sich die Schulen voll auf diese Aufgabe konzentrieren könnten, erfolge die Qualitätsanalyse an den Gymnasien in der ersten Jahreshälfte nur auf freiwilliger Basis. (Quelle: MSW NRW)

Österreichische Lehrerbroschüre sorgt für Kritik

Themen wie Homosexualität und Selbstbefriedigung in einer Lehrerbroschüre für den Aufklärungsunterricht haben in Österreich eine gesellschaftliche Debatte ausgelöst. Konservative, rechte und katholische Kreise kritisieren das vom sozialdemokratisch geführten Unterrichtsministerium in Auftrag gegebene Heft »Ganz schön intim«. Die Broschüre ist als Unterrichtsmaterial für Lehrer von 6- bis 12-Jährigen gedacht. Das Ministerium will das Heft nun zwar prüfen, steht aber grundsätzlich dazu. (Quelle: dpa)



@ bnr-uk

Schon Grundschüler leiden unter Leistungsdruck



© Christian Schwier - Fotolia.com

Eine repräsentative Umfrage des Deutschen Kinderschutzbunds und des Prosoz-Instituts für Sozialforschung zeigt: Jedes dritte Kind in der zweiten und dritten Klasse fühlt sich laut einer Studie von Unterricht und Hausaufgaben gestresst. Jedes fünfte Kind wühlt außerdem Ärger und Streit besonders auf und gut jedes sechste hat Stress mit Eltern oder Geschwistern. Insgesamt wurden rund 4.700 Schüler aus elf Bundesländern zu den Themen Gesundheit, Ernährung, Stress und Bewegung befragt. Die gesamte Studie finden Sie unter: <http://www.cisionwire.de/elefanten-kinderstudie/r/grundschulkindergarten-entscheideweg-zu-einem-gesunden-lebensstil,c9337091> (Quelle: SPIEGEL ONLINE)

Deutschland holt bei der Integration auf

Das Ergebnis der ersten international vergleichenden Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigt: Kinder von Zuwanderern können sich immer besser in den Arbeitsmarkt der jeweiligen Länder integrieren – vor allem in Deutschland hat sich die Situation in den letzten Jahren stark verbessert. Und das, obwohl die Kindern von Migranten oftmals einen niedrigeren Bildungsstandard haben als ihre deutschen Altersgenossen. (Quelle: n-tv)



@ Lucky Dragon - Fotolia.com

Interview mit Alexander Krohn, Dipl.- Sozialpädagoge und Mediator

Konflikte als Chance

Mediation ist ein wichtiges und effektives Hilfsmittel im Umgang mit Konflikten – auch in der Schule. Mediator Alexander Krohn hat „Schule heute“ im Interview erklärt, wie Mediation in der Schule funktionieren kann und welche Vorteile diese mit sich bringt.

Sh: Herr Krohn, Sie bilden Lehrer zu Schulmediatoren aus – was ist das Ziel dieser Ausbildung?

Krohn: Das Ziel dieser Ausbildung ist es, Lehrkräfte dazu zu befähigen, die Grundlagen der Mediation im Bereich Schule auf verschiedenen Ebenen anwenden zu können. Die Ausbildung geht über ein Jahr, max. 1,5 Jahre – und am Ende sollten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Mediation einsetzen können bei Konflikten zwischen Schülerinnen und Schülern, bei Konflikten in der Klasse, aber zum Beispiel auch in herausfordernden Elterngesprächen. Lehrerinnen und Lehrer können auf diese Weise ihre Konfliktlösungskompetenz weiterentwickeln und eine Art „Handwerkszeug“ erlernen, das dabei hilft, in schwierigen Situationen in der Schule souverän zu intervenieren, eben sicherer im eigenen Handeln zu werden.

Sh: Das heißt, wenn Mediation erfolgreich angewendet wird, gibt es weniger Konflikte in der Schule?

Krohn: Nein – auch wenn viele Schulen sich das so vorstellen. Ein paar Lehrer zu Mediatoren auszubilden und unter den Schülern Konfliktlotsen zu benennen, führt nicht automatisch dazu, dass es keine Streitigkeiten mehr gibt. Und das sollte auch nicht das Ziel sein. Es geht nicht darum, Konflikte komplett zu vermeiden, sondern darum, die Angst, Konflikte überhaupt anzusprechen, zu nehmen, das Thema transparent zu machen und eine Vertrauensbasis zwischen Lehrer und Schüler zu schaffen. Damit Mediation erfolgreich angewendet werden kann, ist die Akzeptanz bei den Lehrkräften entscheidend. Außerdem müssen die Schulen voll dahinter stehen, sich dafür einsetzen und die Lehrerinnen und Lehrer bestmöglich unterstützen – das ist entscheidend.

Sh: Wie verhalten sich Lehrkräfte in einem Konflikt am besten? Wie gehen sie am besten vor, um die Schülerinnen und Schüler auf den richtigen Weg zu bringen?



© french_03 / photocase.com

Krohn: Nun, zunächst einmal ist es wichtig, die Konfliktparteien voneinander zu trennen und im Anschluss mit beiden Parteien zusammen die Hintergründe zu klären: Wo liegt eigentlich das Problem, warum hat der eine so gehandelt und der andere so. Entscheidend ist das aktive, „enthaltssame“ Zuhören der Lehrkraft – und das ist gar nicht so einfach. Es geht darum, nicht zu bewerten, sondern Vertrauen zu schaffen, damit die Schüler sich öffnen und schließlich in einem Verständigungsprozess selber zu einer Lösung finden.

Sh: Nun sind Lehrerinnen und Lehrer es ja gewohnt, Entscheidungen zu treffen, und die Schülerinnen und Schüler erwarten auch genau dies. Wie schaffen sie es, in einer Konfliktsituation umzuswitchen?

Krohn: Das ist in der Tat eine Herausforderung. Die Lehrkräfte müssen immerzu die Rollen wechseln zwischen dem Entscheider und dem Vermittler und Helfer. Das ist nicht leicht und erfordert Übung. Trotzdem sollten sie sich darüber klar werden, dass sie nicht zu den Kindern und Jugendlichen durchdringen werden, wenn immer direkt ein Machtwort gesprochen wird und Strafen verhängt werden. Natürlich kann nicht jeder Konflikt gleich behandelt werden. Manchmal braucht ein Schüler eine sehr vertrauliche Atmosphäre, bevor er überhaupt etwas erzählen kann. In manchen Konflikten können andere Jugendliche, die zu sogenannten Konfliktlotsen ausgebildet worden sind, besser helfen als Erwachsene, da sie keine Strafen verhängen und Noten vergeben.

Sh: Und wie ist es in Konflikten, in denen zum Beispiel körperliche Gewalt angewendet wird? Wie sollte die Lehrkraft in dieser Situation im besten Fall reagieren?

Krohn: In dieser konkreten Situation ist es grundsätzlich schwer zu entscheiden, wann man eingreift und auf welche Weise. Zumal hier auch immer gewisse Ängste mitspielen, wenn man selber körperlich agieren muss. Wichtig ist, dass die Lehrkraft Ruhe bewahrt und nicht aus dem Affekt heraus handelt. Beim Interventions- und Deeskalationstraining können die Lehrer lernen, wie sie in solchen Situationen einen kühlen Kopf bewahren und nicht aus einem Entscheidungsdruck heraus überreagieren. Mit Mediation hat das dann aber nichts mehr zu tun.

Sh: Wollen sich Lehrkräfte überhaupt neben ihren stetig steigenden Aufgaben noch mit Konflikten in der Klasse bzw. an der Schule belasten?

Krohn: Also, ich erlebe sehr viele Lehrer, die motiviert sind und sich gerne mehr mit Beziehungsarbeit bzw. Mediation beschäftigen möchten. Das Hauptproblem ist jedoch die fehlende Zeit. Viele Lehrer sind an der Grenze des Belastbaren durch immer neue Herausforderungen, wie zum Beispiel die Inklusion, die auf sie zukommen und die es zu bewältigen gilt. Meiner Meinung nach sind die Rahmenbedingungen, die nötig sind, damit Lehrkräfte individuell auf jeden einzelnen Schüler eingehen können und souverän bei festgefahrenen Konflikten wie zum Beispiel im Fall von Mobbing reagieren können, längst noch nicht gegeben.

Sh: Was müssten die Schulen denn bieten, um Lehrerinnen und Lehrer zu entlasten?

Krohn: Nun, zunächst einmal müssten die Klassen verkleinert werden und es müssten Ressourcen fürs Teamteaching, also immer zwei Lehrkräfte in einer Klasse, geschaffen werden. Insgesamt müsste das Spektrum an Angeboten für die Schüler viel breitgefächerter sein und es müssten mehr Psychologen und Sozialpädagogen vor Ort sein. Dies ist nötig, damit Lehrer nicht so allein gelassen werden. Auch regelmäßige Supervisionsmöglichkeiten und kollegiale Fachberatung für Lehrerinnen und Lehrer wären super, damit sie die eigene Rolle, das eigene Verhalten reflektieren können. Auch die Lehrerausbildung müsste sich ändern – das hätte sie eigentlich schon vor Jahren tun müssen. Wesentlich mehr Pädagogik gehört in das Studium, jedoch nicht zulasten der fachlichen Ausbildung, vielmehr miteinander verknüpft – eine inklusive Mediationsausbildung wäre sicherlich auch hilfreich.

Melanie Gerks,
Pressereferentin VBE NRW

Alexander Krohn ist Dipl.-Sozialpädagoge und Mediator (BM) im Verein Mediationsstelle BRÜCKENSCHLAG e.V. in Lüneburg. Seit zehn Jahren bildet er Lehrkräfte in Niedersachsen und den angrenzenden Bundesländern fort. Er begleitet Lehrerkollegien in den Bereichen Gewaltprävention, Mobbingintervention und unterstützt Schulkollegien in Teamklärungsprozessen.



**LATEINAMERIKA
ANDERS ERLEBEN**

KOSTENLOSE WORKSHOPS FÜR
SCHULEN UND JUGENDGRUPPEN ZU

- KLIMAWANDEL UND UMWELTKONFLIKTE
- MIGRATION
- WIRTSCHAFT UND UNGERECHTER WELTHANDEL
- DIE EINE WELT
- GESCHICHTE UND KLISCHEES

SPIELERISCHE UND REFLEKTIERTE AUSEINANDERSETZUNG DURCH PERSPEKTIVWECHSEL, SPASS UND LERNEN AN KONKRETEN BEISPIELEN

WEITERE INFOS: www.otros-mundos.de
Tel. 0202. 30 00 30 // info@informationsbuero-nicaragua.org

Otros Mundos ist ein Projekt des Informationsbüro Nicaragua e. V., gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und die Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW.

Onlinestudie: Gesundheit von Schulleitungen & schulische Gesundheitsförderung



In den vergangenen Jahren sind in den Schulen zahlreiche Aktivitäten zur Förderung der Gesundheit von Schülerinnen und Schülern oder der Lehrkräfte angestoßen worden. Einen großen Nachholbedarf gibt es jedoch bei Schulleitungen. Deswegen führt das Kompetenzzentrum psychische Gesundheit in Bildung und Erziehung der Leuphana Universität Lüneburg in enger Kooperation mit der Unfallkasse NRW und Unterstützung durch die Schulleitungsvereinigung NRW e.V. eine Onlinestudie zur Gesundheit von

Schulleitungen und schulische Gesundheitsförderung durch. Zielgruppe der Befragung sind alle Schulleitungsmitglieder in Nordrhein-Westfalen.

Unter www.unipark.de/uc/sl-studie gelangen Sie direkt zum Onlinefragebogen.

Weitere Informationen zu der Studie, den Teilnahmemöglichkeiten sowie zum Zentrum für Angewandte Gesundheitswissenschaften (ZAG) finden Sie unter www.leuphana.de/zag.

Rechtsanspruch auf inklusive Bildung gesetzlich verankern

VBE Bundesversammlung trat Ende November in Mannheim zusammen

Unter dem Motto „Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen“ fand am 29. November die Bundesversammlung des VBE in Mannheim statt. Die Delegierten aus den 16 Landesverbänden berieten die bildungs- und berufspolitischen Arbeitsschwerpunkte des VBE Bundesverbandes für das kommende Jahr. Mit Nachdruck stellte die Bundesversammlung fest, die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems, in dem alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam lernen können, werde die zentrale Aufgabe der Schul- und Bildungspolitik der nächsten Jahre sein. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention müsse gelingen.

Der VBE Bundesverband fordert, die inklusive Schulbildung als Rechtsanspruch gesetzlich festzuschreiben und nicht unter Vorbehalt zu stellen. Alle sonderpädagogischen Dienste im Sinne einer sonderpädagogischen Versorgung im vorschulischen und schulischen Bereich müssen ausgeweitet und finanziell gesichert werden. Lehrerstunden für sonderpädagogische Förderung müssen an alle Schularten zuverlässig zugewiesen werden. Die Lehrerbildung muss in allen Phasen die inklusive Pädagogik zu ihrem Schwerpunkt machen.

Einhellig bekräftigte die Bundesversammlung, die Verbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern an öffentlichen Schulen sei ein Verfassungsgebot. Der VBE sieht sich darin

bestätigt durch ein Rechtsgutachten von Professor Wolfram Cremer, Bochum, das der VBE NRW eingeholt hatte. Mit Blick auf die kommenden Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) warnte die Bundesversammlung davor, verbeamtete und tarifbeschäftigte Lehrerinnen und Lehrer gegeneinander auszuspielen. Die Bundesversammlung beschloss, Johannes Müller, bis 2010 Bundesschatzmeister und Mitglied des geschäftsführenden Vorstands, die Ehrenmitgliedschaft des VBE Bundesverbandes zu übertragen. VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann würdigte Johannes Müllers Verdienste bei der Neustrukturierung des Bundesverbandes als Antwort auf die Föderalismusreform und sein Engagement, die Initiative „Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen“, die in Rheinland-Pfalz gestartet wurde, auf Bundesebene voranzubringen. Auch habe er sich ganz besonders der Leseförderung verschrieben und vertrete den VBE in der Stiftung Lesen und im Arbeitskreis Kinder- und Jugendliteratur. Helge Dietrich, seit 2009 stellvertretender Bundesvorsitzender für Beamtenpolitik, wurde zum Abschluss seiner Amtszeit von der Bundesversammlung mit der Ehrennadel des VBE Bundesverbandes gewürdigt. Er habe sich mit ganzer Kraft für die Würde des Lehrerberufs, für gerechte Arbeitsbedingungen und den Schutz der Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen eingesetzt, betonte Udo Beckmann. Helge Dietrich habe sich vehement für ein solidarisches Miteinander der Landesverbände und für die Stärkung des VBE Bundesverbandes eingesetzt.



Helge Dietrich erhält aus den Händen des VBE-Bundesvorsitzenden die Ehrennadel



Johannes Müller während der Verleihung der Ehrenmitgliedschaft des VBE Bundesverbandes



Geschäftsführung der Bundestarifkommission des dbb: v.l.n.r. Andreas Hemsing (komba), Siglinde Haase (GdS), Willi Russ (2. Vorsitzender dbb tarifunion), Siegfried Damm (VDStra.), Klaus Dauderstädt (dbb Bundesvorsitzender), Karl-Heinz Leverkus (DSTG), Jens Weichelt (VBE) und Thomas Gelling (GDL)

Personalia

Nach der von den Gewerkschaftstagen von dbb sowie dbb tarifunion beschlossenen Verschmelzung zum dbb beamtenbund und tarifunion konstituierte sich am 12.11.2012 die Bundestarifkommission. In der neuen Satzung des dbb ist die BTK als zusätzliches Organ verankert. Im Rahmen der konstituierenden Sitzung der BTK wurde Jens Weichelt, stellvertretender VBE-Bundesvorsitzender für Tarifpolitik und Vorsitzender des Sächsischen Lehrerverbands SLV im VBE, zum stellvertretenden Vorsitzenden der dbb Bundestarifkommission gewählt.



Seit Ende November verantwortet auf Beschluss des VBE Bundesvorstands Rüdiger Gummert als stellvertretender VBE-Bundesvorsitzender den Bereich Beamtenpolitik. Er tritt damit die Nachfolge von Helge Dietrich an. Rüdiger Gummert ist zugleich Landesvorsitzender des VBE Schleswig-Holstein.

Deutscher Lehrertag 2012

Mehr als 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen Bundesländern besuchten den diesjährigen Deutschen Lehrertag am 30. November 2012 in Mannheim. Unter dem Motto „Anders sein ist normal. Heterogenität als Herausforderung“ standen die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und die Schaffung einer inklusiven Schule im Mittelpunkt. VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann forderte in seiner Eröffnungsrede, die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen seien so umzuschichten, dass dem Wohl jedes Kindes angemessene Lern- und Förderbedingungen bereitgestellt werden. Spätestens seit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention sei die Zeit reif, den Föderalismus weiterzuentwickeln. Der VBE werde jede Gesetzesinitiative unterstützen, um aus dem Kooperationsverbot von Bund und Ländern im Bildungsbereich ein -gebot zu machen.

Generalversammlung des EGBW in Budapest

Die erste Generalversammlung des Europäischen Gewerkschaftskomitees für Bildung und Wissenschaft (EGBW) als europäische Struktur der Education International (EI) fand vom 26. bis 28. November in Budapest statt und stand unter dem Motto „Förderung der Bildung im öffentlichen Bereich im Zeitalter der Sparpolitik“. Der VBE war durch Rolf Busch und Gerhard Brand vom geschäftsführenden Vorstand, Gitta Franke-Zöllmer, stellvertretende Bundesvorsitzende für Internationales, sowie Dr. Ingrid Otto vertreten.

Angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa, die vielerorts zu drastischen Einsparungen auch im Bildungsbereich führte, forderten die 300 Delegierten in einer Grundsatzresolution, dass Bildung von den Kürzungen öffentlicher Haushalte verschont bleiben solle, da sich kein Land eine „verlorene Generation“ von Kindern und

Jugendlichen leisten könne. Investitionen in Bildung seien nicht als Belastung, sondern als zentrale Investition in die Zukunft der Länder anzusehen. Weiterhin wurden Resolutionen und Strategiekonzepte zu den Themen: Zukunft des Lehrerberufs, frühkindliche Bildung, berufliche Bildung, arbeitsbedingter Stress, Schulleitung, Situation der Frauen im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt diskutiert und verabschiedet.

Die Delegierten wählten auf der Basis der veränderten Satzung auch eine neue Führung und einen neuen Vorstand. Erstmals wurde Frau Christine Blower von der englischen Gewerkschaft NUT zur Präsidentin gewählt. Zu den Vizepräsidenten gehört Dr. Andreas Keller, GEW. Der Ländersitz Deutschland wird von Gitta Franke-Zöllmer wahrgenommen.



Die VBE-Delegierten (v.l.) Dr. Ingrid Otto, Gerhard Brand, Rolf Busch, Gitta Franke-Zöllmer gratulieren Christine Blower zur Wahl als Präsidentin des EGBW (2.v.r.)

Landesverbände in NRW und Niedersachsen wählten

Mitte November wählte die Delegiertenversammlung des VBE NRW den neuen Landesvorstand. Udo Beckmann, VBE-Bundesvorsitzender, wurde für weitere fünf Jahre als Landesvorsitzender in NRW bestätigt. Die Vorsitzende der Bundesfrauenvertretung des VBE Jutta Endrusch wurde als stellvertretende Landesvorsitzende des VBE NRW wiedergewählt. Motto der Delegiertenversammlung war: „Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen“. Beckmann machte erneut deutlich, dass es gilt, in NRW die bisherigen Anstrengungen für den Bereich U3-Ausbau, Inklusion und die gleiche Bezahlung von Lehrkräften aller Schulformen weiter zu intensivieren: „Wir haben bei weitem noch nicht die Bildungsgerechtigkeit, die wir für die Kinder erwarten und die berufliche Chancengleichheit, auf die Lehrkräfte einen Anspruch haben.“ Rolf Busch, erster stellvertretender VBE-Bundesvorsitzender, überbrachte die Grüße des Bundesverbandes.

„Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen“ lautete auch das Motto der Landesvertreterversammlung des VBE Niedersachsen im November. Landesvorsitzende Gitta Franke-Zöllmer, zugleich stellvertretende VBE-Bundesvorsitzende für Internationales, wurde von den Delegierten im Amt bestätigt. Sie benannte als Herausforderungen für alle Bildungsverantwortlichen die demografische Entwicklung, die steigende Anzahl von Kindern/Jugendlichen mit Migrationshintergrund, den Zusatzbedarf an Personal im Bildungswesen sowie Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung von Bildung. Der VBE trete für Bildungsgerechtigkeit und Gleichwertigkeit aller Lehrämter in Ausbildung, Karrieremöglichkeiten und Entlohnung ein. VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann betonte die Notwendigkeit, den Lehrerberuf attraktiver zu machen. Mit dem Gusy-Gutachten „Gleiche Lehrerbesoldung als Verfassungsauftrag“ habe der Bundesverband die zukünftige Richtung des Handelns für die Landesverbände vorbereitet.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 23/24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE

M11 NEU!

Schulleitungs-qualifizierung

Das Institut für Lehrerfortbildung (IfL) bietet in Kooperation mit dem Verband Bildung und Erziehung (VBE) Lehrkräften der Primarstufe und der Sekundarstufe I, die an der Übernahme von Schulleitungsaufgaben interessiert sind, eine vom Land als Schulleitungsqualifizierung anerkannte sechsteilige Seminarreihe zur Vorbereitung auf Schulleitungsaufgaben an.

Dieser Weiterbildungskurs wird vom Ministerium für Schule und Weiterbildung als vollwertiger Ersatz für die Vorbereitungskurse des Landes für Schulleitungsbewerber gemäß Nr. 2 Abs. 3 des RdErl. d. MSW v. 25.11.2008 (BASS 21-01 Nr. 30) anerkannt. Zu den inhaltlichen Schwerpunkten der jeweils von fachlich besonders qualifizierten Referenten durchgeführten Veranstaltungen, bei denen auch die schul- und dienstrechtliche Perspektive angemessen berücksichtigt wird, gehören unter anderem folgende Handlungsfelder der Schulleitung:

Pädagogische Führung und Management, Personalführung, Schul- und Unterrichtsentwicklung, Kommunikation, inner- und außerschulische Kooperation sowie Schule im Rechtsstaat.

Die erste Veranstaltung ist offen für interessierte Lehrkräfte der Primarstufe und Sekundarstufe I. Allen Teilnehmern des ersten Teils ist eine Teilnahme an den Folgeveranstaltungen garantiert, es besteht aber keine Verpflichtung, an den Folgeveranstaltungen teilzunehmen.

Allerdings wird dieser Weiterbildungskurs nur dann vom Ministerium für Schule und Weiterbildung anerkannt, **wenn die Teilnahme an allen Veranstaltungen erfolgt ist.**

Es finden sechs zweitägige Veranstaltungen im Laufe eines Kalenderjahres statt. Die Kosten für **jedes Seminar** betragen **95 Euro**, Übernachtung und Mahlzeiten eingeschlossen. Sonderurlaub wird entsprechend dem zeitlichen Umfang der staatlichen Qualifizierung von 104 Stunden, davon die Hälfte außerhalb der allgemeinen Unterrichtszeit (nachmittags und abends), gewährt.



© dashk - istockphoto.com

Teil 1:

Schulleitung: Handlungsmöglichkeiten und Pflichten, staatliche Vorgaben

Leitung und Referent: Dr. Thomas Böhm
(Institut für Lehrerfortbildung, Mülheim a. d. Ruhr)
Termin: Montag, 4. März, bis Dienstag, 5. März 2013
Veranstaltungsort: Kardinal-Hengsbach-Haus, Essen-Werden

Termine, Inhalte und Veranstaltungsorte für die Teile 2-5 werden noch bekanntgegeben.

Teil 6:

Schulleitung: Handlungsmöglichkeiten der Schulleiterin/des Schulleiters (Fallbeispiele), Konferenzplanung und -durchführung, dienstliche Beurteilung, Zusammenarbeit mit den Mitwirkungsorganen

Termin: Donnerstag, 12. Dezember, bis Freitag, 13. Dezember 2013
Veranstaltungsort: Kardinal-Hengsbach-Haus, Essen-Werden

Schriftliche Anmeldung an das **Institut für Lehrerfortbildung, Postfach 10 09 52, 45409 Mülheim a. d. Ruhr** oder per Mail info@ifl-muelheim.de mit Schul- und Privatadresse sowie Übernachtungswunsch.



Wann, wenn nicht jetzt?

Bausparen – die ideale Zinssicherung

Landauf, landab berichten die Medien über die „Flucht der Deutschen ins Betongold“. Denn wo sonst ist der Euro so inflationssicher angelegt wie in eigenen vier Wänden. Wie allerdings sollte man das angestrebte Eigenheim oder die eigene Wohnung finanzieren? Auch in Zeiten niedriger Kapitalmarktzinsen ist der Bausparvertrag allemal ein wertvoller Tipp.

Wenn es darum geht, den Wert eines Bausparvertrags zu Zeiten niedriger Kapitalmarktzinsen einzuschätzen, scheiden sich regelmäßig Gegner und Befürworter dieses beliebten Zwecksparinstruments. Vielfach war in den Medien zu lesen, Bausparen lohne sich nicht. Wofür soll man Geld zu soliden, aber überschaubaren Guthabenzinsen bei einer Bausparkasse einzahlen, wenn man im Falle einer Finanzierung doch nur zu einer Bank gehen muss, um dort günstige Darlehenskonditionen zu erhalten? Eine berechtigte Frage.

Die günstigen Darlehenskonditionen, die es in letzter Zeit bei deutschen Kreditinstituten gab, sind jedoch nur eine Seite der Medaille. Denn sie sind in der Regel nur befristet. Zinsbindung heißt hier das Zauberwort: Darlehenskonditionen für Hypothekendarlehen werden in der Regel für fünf oder zehn Jahre fest vereinbart, um dann an geltende Marktkonditionen angepasst zu werden. Der Abschluss eines solchen Darlehens ist also letztlich immer eine Wette auf die Zukunft.

Im Bauspar-Darlehensvertrag niedergelegte Zinskonditionen bleiben, sind sie einmal vertraglich niedergelegt, unverändert – und zwar bis zum letzten Tag der Darlehens tilgung. Dabei kann die Tilgungsdauer (je nach Tarifvariante) bis zu 20 Jahre betragen. Dies ist ein ganz

spezielles Plus des Bausparens, das letztlich eine Garantie gegen steigende Zinsen darstellt. Im Gegensatz zu Mitteln, die am Aktienmarkt investiert werden, sind Bausparguthaben und deren Verzinsung auch besonders sicher. Zusätzlich zur staatlichen Absicherung von Sparguthaben greift vielfach die Einlagensicherung der privaten Bausparkassen.

Wer jetzt ins Bausparen einsteigt, kann für seine Zukunftssicherung – bei Einhaltung bestimmter Einkommensgrenzen – die attraktive staatliche Förderung nutzen: über die Wohnungsbauprämie, die Arbeitnehmersparzulage sowie die Wohn-Riester-Förderung des Staates. Extra-Vorteil: Als dbb-Mitglied sparen Sie über das dbb vorsorgewerk die Hälfte der Abschlussgebühr eines Bausparvertrags.

Der Kooperationspartner des dbb vorsorgewerk, Wüstenrot, ist gegenwärtig gemessen am Marktanteil zwar „nur“ die Nummer 2, mit Blick auf die Qualität der Tarife und Beratung aber wohl die derzeit beste deutsche Bausparkasse. So vergab der Fernsehsender n-tv vor Kurzem die Auszeichnung „Top Bausparkasse 2012“ an Wüstenrot. Die Stiftung Warentest hat Wüstenrot gleich mehrfach ausgezeichnet. So wurde im Juli 2012 die Beratungsqualität der deutschen Bauparkassen untersucht: Wüstenrot wurde klarer Testsieger.

Entscheiden Sie sich für den Testsieger und lassen Sie sich von den Kolleginnen und Kollegen des dbb vorsorgewerk beraten: montags bis freitags von 8:00 bis 18:00 Uhr unter 030 / 4081 6444. Gerne wird Ihnen auch eine fachmännische Beratung vor Ort vermittelt. Weitere Informationen erhalten Sie auch online unter www.dbb-vorsorgewerk.de

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.



Beamtdarlehen **supergünstig**
5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtdarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

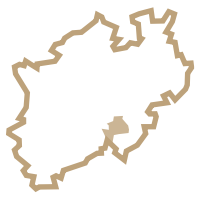
AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanz.de

www.AK-Finanz.de

***Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.**
Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldentwurf, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldsicherung.

Sachsen-Anhalt erneutes Ziel der Senioren



KV Olpe

Die achte von bisher elf Seniorenfahrten des KV Olpe in die neuen Bundesländer führte dieses Jahr nach Magdeburg und Umgebung.

Die Hinfahrt wurde unterbrochen durch den Besuch der *Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn*. Hier erfuhren die Teilnehmer authentisch und in anschaulicher Weise, wie es vor der Wiedervereinigung an der ehemaligen Grenzübergangsstelle Marienborn/Autobahn „zugegangen“ ist. Bedrückt war die Gruppe bei der Schilderung des Führers, der nach einem missglückten Fluchtversuch inhaftiert wurde.

Am ersten Tag in Magdeburg besuchten wir nach einem kleinen historischen Stadtrundgang die Ausstellung „Otto der Große und das Römische Reich – Kaisertum von der Antike zum Mittelalter“. Otto I., als ostfränkischer König 962 in Rom zum Kaiser gekrönt, sah sich als Nachfolger der römischen Imperatoren und erreichte wie kein anderer vor ihm die Erneuerung und Ausdehnung des Römischen Reiches, das immerhin bis 1806 in Form des Römischen Reiches Deutscher Nation Bestand hatte. Da Otto seinen Lebensmittelpunkt nach Magdeburg verlegte, blühten Kultur und Kirche, Handel und Wandel; ja es wurde zur Keimzelle Deutschlands. Daraus resultierten für die Fahrt viele Besichtigungspunkte, vor allem Kirchen, ehemalige Klöster, Kleinstädte mit ihrem zum Teil mittelalterlichen Ambiente.



Reisegruppe mit Willi Kraning vor seiner Kathedrale St. Sebastian

Als Fachmann für Kirchenfragen begleitete unsere Gruppe drei Tage lang Domkapitular Willi Kraning, der sein profundes Wissen – geschichtliches und aktuelles – vortrefflich und launig gewürzt, vermittelte. So erfuhren die Fahrtteilnehmer unter anderem auch, dass unter seiner Ägide der Aufbau und die Neugründung des Klosters Helfta möglich wurden, allein Letzteres durch Spendenakquise von etwa 12 Mio. DM.

Neben Kloster Helfta stand die Lutherstadt Eisleben auf dem Programm. Herr Kraning zeigte Verständnis für die damalige Not Luthers und betonte dessen Absicht einer Erneuerung der Kirche und keinerlei Abspaltung. Dieser Aspekt wirkt ermutigend für eine Annäherung der beiden christlichen Kirchen.

Gegen Ende der Reise wurde Zerbst besichtigt. Zerbst, als ehemals mittelalterliches Rothenburg des Ostens berühmt, wurde am 16. April 1945 fast vollständig durch Bombardierung der Alliierten ausradiert. Leider hat der sozialistische Neuaufbau nur rudimentär an den alten Glanz angeknüpft.

Als Erinnerung an Zerbst bleibt, dass aus dem Fürstenhaus die spätere Zarin Katharina die Große hervorging. Nach einem gemeinsamen Mittagessen besichtigten wir mit einer kundigen Führerin Schloss Leitzkau, ehemaliges Prämonstratenserstift.

Auf dem Heimweg lag Goslar, die alte Kaiserstadt, am Wege, die mit Kaiserpfalz, Marktkirche, Marktplatz und Spuren des Erzbergbaus Akzente setzte.

Einhellig begeistert von den vielfältigen Eindrücken der Reise, die von dem erfahrenen und beliebten Organisator Achim Florath bestens vorbereitet worden war, kehrte die Gruppe am Abend des sechsten Tages an ihre Heimatorte zurück.

Jürgen Steinhaus

Klassenfahrten nach Berlin

(Incl. Transfer, Unterkunft,
Programmgestaltung nach Absprache)
Broschüre anfordern bei:

Biss, Fichtestraße 30, 10967 Berlin,
Tel. (0 30) 6 93 65 30 · www.berlin-mit-biss.de

Kroatien - ein wunderbares Ziel

Seit 1978 führt der VBE-Stadtverband Hagen jährlich Studienreisen durch. Viele Länder Europas, Nordafrikas und des Orients waren die Ziele. In diesem Jahr ging es in zwei Reisen nach Kroatien, und zwar nach Mittel- und Süddalmatien. Unsere Erwartung: Wir fahren in ein landschaftlich schönes und geschichtlich interessantes Land. Vor Ort wurden wir dann überwältigt von den landschaftlichen Eindrücken, durch die Erfahrung des kulturellen Erbes aus zwei Jahrtausenden und von der Liebenswürdigkeit der Menschen. Namen können die Erlebnisfülle vielleicht verdeutlichen: Split, Zadar, Vodice, Naturpark Krka, Sibenik, Dubrovnik.

Zum Schluss der Fahrt dann Montenegro. Die Bucht von Kotor ließ ob ihrer Schönheit den Atem stocken.

August Köneke



Inklusion – Rahmenbedingungen schaffen

Im Mittelpunkt der jüngsten Mitgliederversammlung des VBE Kreisverbandes Oberberg stand die Wahl des Kreisvorstandes.

Alter und neuer 1. Vorsitzender ist Rainer Sülzer aus Gummersbach.

Zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde Regine Becker-Tennie, um Geschäftsführung und Finanzen kümmert sich Hans Dieter Schelle (Stellv.: Regine Becker-Tennie), Schriftführerin ist Jutta Carmele (Stellv.: Monika Gries), die Kassenprüfung obliegt Franziska Gerding und Birgit Spraffke-Zucker.

Ansprechpartner für Fragen, die die Hauptschule betreffen, ist Cornelius Gammersbach.

Im Zentrum der Informationen über aktuelle Fragen der Verbandsarbeit und Schulpolitik, die Vorsitzender Sülzer referierte, stand das Thema „Inklusion“.

Die anschließende rege Aussprache machte deutlich, dass der VBE Oberberg diese schulpolitischen Maßnahme grundsätzlich positiv bewertet.

Es wurde aber gleichzeitig betont, dass alles getan werden müsse, was dazu beiträgt, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um für alle Beteiligten, besonders aber für die Schülerinnen und Schüler, eine erfolgreiche Umsetzung der geplanten Maßnahmen zu gewährleisten.

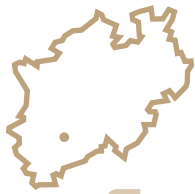
Der Vorsitzende schloss die Versammlung mit einem Dank an den alten Vorstand für die ausgezeichnete Zusammenarbeit und verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich auch der neue Vorstand weiterhin kreativ und konstruktiv in die Verbandsarbeit einbringen möge.



Von links: Regine Becker-Tennie, Monika Gries, Franziska Gerding, Jutta Carmele, Rainer Sülzer



Neues Infoboard im VBE-Stadtverband Köln



StV Köln

Auf der VBE Mitgliederversammlung haben die Mitglieder des Stadtverbandes im Oktober einen neuen Vorstand gewählt.

Neuer Vorsitzender ist Norbert Jordans. Er leitet eine katholische Grundschule im Kölner Westen. Für seine Arbeit im VBE hat er sich die Schwerpunkte Erhaltung der Lehrergesundheit, Beratung im Mutterschutz, Elternzeit, Beurlaubung und Übergang in den Ruhestand gewählt.

Neben Paula Daas (Grundschullehrerin) und Gabriele Holzfuß (Hauptschullehrerin) wurde Oliver Fiebich (Förderschule) als stellvertretende Vorsitzende gewählt. Daas und Holzfuß widmen sich verstärkt der Beratung von Lehrkräften. Fiebich ist zuständig für die Fortbildungsplanung des Stadtverbandes. Für dieses Schuljahr hat er ein buntes und interessantes Programm erstellt, das auf breite Zustimmung stößt.

Gabriele Henkel übernimmt die Schriftführung. Marliese Berthmann behält weiterhin die Kassenführung.

Der Vorstand möchte in Zukunft den Kontakt zu den Mitgliedern des Stadtverbandes intensivieren. Zunächst steht hier die Erstellung eines Infoboards an, aus dem aktuelle und wichtige Kontaktdaten der Mitglieder ersichtlich werden. Dadurch sollen die Mitglieder wichtige Infor-

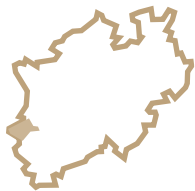
mationen schneller und zielgerichteter erhalten. Auch die Aktualisierung der Homepage hat sich der Vorstand vorgenommen. Hier sollen in Zukunft auch Berichte über Veranstaltungen veröffentlicht werden.

Der Vorstand versteht sich als Team und möchte auch junge Kolleginnen und Kollegen für die aktive Arbeit im Stadtverband gewinnen.



Der neue Vorstand (v. l.: Gabi Holzfuß, Gabi Henkel, Norbert Jordans, Marliese Berthmann, Paula Daas, Oliver Fiebich)

Erinnerungen ausgetauscht



KV Heinsberg

Alljährlich lädt der Kreisverband Heinsberg seine pensionierten Mitglieder zur Besichtigung einer Sehenswürdigkeit im Kreis Heinsberg und zu einem geselligen Beisammensein ein.

Das 36. Pensionärstreffen fand in diesem Jahr in Wildenrath statt. Ziel war die Ausstellung „Bionik – Zukunftstechnik lernt von der Natur“ im dortigen List-Zentrum.

Mit großem Interesse folgten die 57 Teilnehmer der sachkundigen Einführung in die Thematik und waren angetan von der Fülle der Darstellungen, Schrifttafeln, Modelle und Filme, die die Verbindungen zwischen Biologie und Technik verständlich machen.

Beim anschließenden geselligen Beisammensein und Abendessen wurden manche Erinnerungen an die vergangene Zeit ausgetauscht.

Die Vorsitzende des Kreisverbandes, Jutta Mauczok, ehrte langjährige Mitglieder des Verbandes: 25 Jahre gehören Franz-Egon Geffers, Herbert Giesen und Andreas Stommel dem VBE an, seit 40 Jahren dabei ist Hugo Geißler, die Urkunde für 50-jährige Mitgliedschaft erhielten Sigmund Kozikowski, Wilhelm Paulussen, Erwin Randerath und Josef Randerath.

Elisabeth Schiffer



V. l. n. r.: Erwin Randerath, Sigmund Kozikowski, Elisabeth Schiffer, Hugo Geißler, Andreas Stommel, Jutta Mauczok, Josef Randerath, Wilhelm Paulussen, Herbert Giesen, Franz-Egon Geffers

**Doris Buschmeyer: *Mein Leben, es war jeden Herzschlag wert.
Und lasst mir den Platz,
den ich bei Euch hatte.***

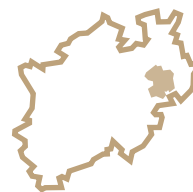
Am 12. November 2012 verstarb im Alter von nur 62 Jahren unsere hochgeschätzte Kollegin Doris Buschmeyer. Doris war begeisterte Sonderpädagogin, die sich unermüdlich für die Bildung und Erziehung der ihr anvertrauten Schülerinnen und Schüler einsetzte. Es war ihr stets ein besonderes Anliegen, für „ihre Kinder“ die bestmögliche Förderung zu gewährleisten, um ihnen Chancen auf ein selbst bestimmtes Leben in unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Nach einigen Stationen als Konrektorin an unterschiedlichen Sonderschulen hat sie von 1989 bis zu ihrem Eintritt in den Ruhestand im Juli 2011 die Sertürnerschule in Paderborn – Schloß Neuhaus geleitet. Als verantwortungsvolle Pädagogin und engagierte, durchsetzungsfähige Schulleiterin hat sie sich über den Kreis Paderborn hinaus einen Namen gemacht. Auch im



VBE, dem sie seit 1984 angehörte, hat sie durch ihr innovatives Denken und ihr zielorientiertes Handeln deutliche Akzente gesetzt.

Als Listenführerin und langjähriges Mitglied im Personalrat für Sonder- bzw. Förderschulen bei der Bezirksregierung Detmold hat sie sich entschieden für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen eingesetzt.

Im Kreisverband Paderborn hat sie sich in besonderer Weise in der Vorstandsarbeit engagiert; von 1987 bis 1992 hatte sie den Vorsitz inne; bis zuletzt hat sie als Stellvertreterin die Arbeit im geschäftsführenden Vorstand durch ihre Erfahrungen und Kenntnisse im bildungs- und kommunalpolitischen Bereich mit geprägt. Mit ihrem Tod haben wir eine verständnisvolle Kollegin und liebenswerte Freundin verloren.



KV
Paderborn

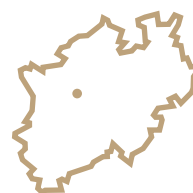
Trauer um Günter Hiltenkamp

Im Sommer 2012 ist der Mitbegründer des Stadtverbandes Gelsenkirchen im Alter von 95 Jahren verstorben.

Günter Hiltenkamp trat 1947 dem VKLD bei, dessen Vorsitz er von 1954 bis 1971 innehatte. Neben seiner beruflichen Tätigkeit als Konrektor und Rektor in Gelsenkirchen war er Mitglied des ÖPR-Gelsenkirchen und des BPR Münster.

Hiltenkamp nahm bis ins hohe Alter rege an den Aktivitäten des Stadtverbandes Gelsenkirchen teil, zuletzt an der Jahreshauptversammlung im März diesen Jahres. Für seine Verdienste um den VBE wurde der Ehrenvorsitzende des Stadtverbandes im Jahr 1999 mit der Overbergmedaille ausgezeichnet. Bereits zwei Jahre zuvor wurde ihm das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Der Stadtverband Gelsenkirchen wird Wirken und Schaffen von Günter Hiltenkamp in dankbarer Erinnerung behalten.



StV
Gelsenkirchen

Die International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA) ist ein internationaler Verband für Bildungsforschung. Auf der Methodologie, die von der IEA zur Untersuchung von Bildungssystemen entwickelt wurde, basieren auch die PISA-Studien der OECD.

Projekte der IEA sind Schulleistungsuntersuchungen wie PIRLS und TIMMS.



Die PIRLS 2011 Encyclopedia ist ein internationales Kompendium zum Leseunterricht.

Mullis, Ina V. S.; Martin, Michael O.; Minnich, Chad A.; Drucker, Kathleen T.; Ragan, Moira A.

PIRLS 2011 Encyclopedia Vol. 1 & 2

Education Policy and Curriculum in Reading

W. Bertelsmann Verlag

ISBN: 978-90-79549-15-3,

Preis: 69,99 EUR



Die TIMSS 2011 Encyclopedia stellt Daten zum Unterricht in Mathematik und Naturwissenschaften in 68 Ländern auf allen sechs Kontinenten vor.

Mullis, Ina V. S.; Martin, Michael O.; Minnich, Chad A.; Stanco, Gabrielle M.; Arora, Alka; Centurino, Victoria A.S.; Castle, Courtney E.

TIMSS 2011 Encyclopedia Volume 1 & 2 Education Policy and Curriculum in Mathematics and Science

W. Bertelsmann Verlag

ISBN: 978-90-79549-14-6,

Preis: 69,99 EUR

Dambach, Karl E.

Wenn Schüler im Internet mobben

Präventions- und Interventionsstrategien gegen Cyber-Bullying. Reinhardt 2012

ISBN 978-3-497-02314-1, Preis: 14,90 EUR



Cyber-Bullying bzw. Mobbing per Internet, E-Mail und Handy ist ein wachsendes Problem unter Kindern und Jugendlichen. Auch Lehrer werden Opfer des elektronischen Mobbings. Juristische und technische Maßnahmen, wie das Löschen der entsprechenden Internetseiten, helfen oft wenig.

Der Autor schlägt eine Feedback-Kultur im Klassenzimmer vor. So lernen die Schüler/-innen, sich gegenseitig Rückmeldung zu geben und ihre Kritik am Lehrer und an den Mitschülern direkt vorzubringen. Sie müssen sich nicht mehr zu Hause über das Internet Luft machen. Neben der Förderung des sozialverantwortlichen Handelns durch den Unterricht werden auch die Zusammenarbeit mit den Eltern und das Coaching von Mobbing-Opfern thematisiert. Konkrete Beispiele zeigen die praktische Umsetzung.

Jesper Juul

Wem gehören unsere Kinder?

Dem Staat, den Eltern oder sich selbst?

Ansichten zur Frühbetreuung

Beltz Verlag 2012

ISBN 978-3-407-85970-9

Preis: 4,95 EUR



Jesper Juul, der bekannte dänische Familientherapeut und Bestsellerautor, entlarvt in seiner Streitschrift die Interessen, die hinter der Kampagne »Jedem Kind einen Krippenplatz« stehen, ruft zur Selbstbestimmung der Eltern auf und macht sich für eine dramatische Verbesserung der Qualität unserer Kinderkrippen und Kindergärten stark.

Stefan Appel, Ulrich Rother (Hrsg.)

Jahrbuch Ganztagschule 2013

Wochenschauverlag 2013

ISBN: 978-3-95414005-3

Preis: 26,80 EUR

Im Schwerpunkt wird die Konzeptarbeit konkret unter den Gesichtspunkten „Peer-Beziehungen“, „Rhythmisierung“ und „Freies Spiel“ beleuchtet – gerade das Letztere ein Thema, dem noch zu wenig Beachtung geschenkt wird, obwohl die Freizeitgestaltung für die Ganztagschule geradezu konstitutiv ist. Mit diesem Schwerpunkt verbinden die Herausgeber die Überzeugung, dass der Ganztagschulbetrieb und das Profil „Ganztags“ der fortlaufenden konzeptionellen Be- und Überarbeitung, der Anpassung und Weiterentwicklung bedürfen.

Echte KinderRechte

von Kindern für Kinder

• authentisch • stark • überzeugend

Text: Markus Ehrhardt

Musik: Reinhard Horn

Gestaltung: Margret Bernard

Idee: Sr. Jordana Schmidt OP

Schirmherr: Jörg Pilawa

Herausgegeben von:

• BETHANIEN KINDERDÖRFER • BROT FÜR DIE WELT • KONTAKTE Musikverlag

Alle Kinder haben Rechte: Dieses Buch und die gleichnamige CD möchten, dass alle davon erfahren und singen! Denn Kinderrechte sollten Groß und Klein kennen!



Vierzehn stimmungsvolle Lieder geben Impulse zum Nachdenken und Mitreden. Die einzelnen Kapitel beschäftigen sich mit den jeweiligen Kinderrechten. Sie geben Hintergrundinformationen und bieten in der „Ideenwerkstatt“ eine Vielzahl von Gesprächsimpulsen, Aktions-, Spiel- und Bastelideen zum Thema.

Mit praktischen Tipps und Anregungen machen sie Kindern und Erwachsenen gleichermaßen Mut, sich im eigenen Umfeld für die Rechte der Kinder einzusetzen.

Der „Anhang für Erwachsene“ gibt erste Hilfestellung in schwierigen Situationen.

„Echt“ sind diese Kinderrechte, weil die Kinder der Bethanien Kinderdörfer sie angeregt und mitformuliert haben. Sie wissen um ihre Rechte und wünschen sich „dass auch andere Kinder stark werden“. Deshalb haben auch zahlreiche Prominente Lied-Patenschaften übernommen und persönliche Gedanken dazu im jeweiligen Kapitel geschrieben. Das Grußwort stammt von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

Das gesamte Projekt ist sowohl von der UNESCO als „Offizielles UN-Dekadeprojekt“ der Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet, als auch von der ESEC (European Society for Education & Communication) mit dem Erasmus EuroMedia Seal of Approval.

Buch: 144 Seiten, Hardcover, 4-farbig

Bestell-Nr. 2031

Preis: 17,80 EUR

CD: Spielzeit ca. 70 min

Bestell-Nr. 9012

Preis: 13,90 EUR

Zielgruppe: Kinder, Eltern, Erzieher/-innen, Lehrer/-innen, Gemeindemitarbeiter/-innen
von 5 bis 99 Jahren

Bestellungen bitte an:

VBE Verlag NRW GmbH
Westfalendamm 247
44141 Dortmund

Telefon: 0231 – 42 00 61
(mo. bis do. 9.30 – 15.30 Uhr,
freitags 10.30 – 13.30 Uhr)
Telefax: 0231 – 43 38 64

www.vbe-verlag.de
mit Online-Shop
info@vbe-verlag.de



Verband Bildung und Erziehung
Landesverband NRW

Innerhalb Deutschlands portofreier Mindestbestellwert 30,- EUR, andernfalls Porto- und Versandkosten 3,00 EUR.



Unsere Jugendzeitschriften

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der „besinnlichen Zeit“ sollten wir uns darauf besinnen, unserer Klasse auch mal wieder vorzulesen! Ruhig auch den Größeren – sie genießen es genauso. Die Geschichten in den altersgemäßen FLOHKISTE/floh!-Ausgaben bieten sich dazu an. Vorlesen verlockt zum Lesen! Eine besinnliche Vorlesezeit wünscht

Verena Schmidt,

Lehrerin, pädagogische Schriftleiterin für NRW

FLOHKISTE für die 1. Klasse



Nr. 30
(erscheint am
10. Dezember):

Tag und Nacht

Jetzt wird es
bereits am
Nachmittag
dunkel.



Nr. 31/32
(erscheint am
24. Dezember):

**Das Jahres-
karussell**

Diesem Heft
liegt der neue
FLOH-Schülerka-
lender 2013 bei!



Nr. 1
(erscheint am
7. Januar):

Gesundheit!

Das wünschen
wir uns gegen-
seitig zum
neuen Jahr.



Nr. 2
(erscheint am
21. Januar):

**Körperpflege
von Kopf bis Fuß**

Was muss man
tun, um wirklich
„sauber“ zu sein?

FLOHKISTE für die 2. Klasse



Nr. 30
(erscheint am
10. Dezember):

Energie sparen

Um Wärme zu er-
zeugen, verbrau-
chen wir Energie –
und das ist teuer.



Nr. 31/32
(erscheint am
24. Dezember):

**Wir messen
die Zeit**

Diesem Heft
liegt der neue
FLOH-Schülerka-
lender 2013 bei!



Nr. 1
(erscheint am
7. Januar):

**Hals- und
Beinbruch!**

Was wohl
hinter diesem
merkwürdigen
Wunsch steckt?



Nr. 2
(erscheint am
21. Januar):

Freizeit

So viel Freizeit
wie wir heute
haben, gab
es nicht schon
immer.

floh! für die 3. und 4. Klasse



Nr. 30
(erscheint am
10. Dezember):

**Weißer Weih-
nacht/Winter**

... gibt es bei uns
im Schnitt nur
alle fünf Jahre.



Nr. 31/32
(erscheint am
24. Dezember):

**Blick in
die Zukunft**

Diesem Heft
liegt der neue
FLOH-Schülerka-
lender 2013 bei!



Nr. 1
(erscheint am
7. Januar):

Körperhaltung

Motivation zur
Bewegung im
Alltag ist Ziel
dieses Heftes.



Nr. 2
(erscheint am
21. Januar):

Unsere Ohren

Ein komplizier-
ter und empfind-
licher Hörapparat
des Menschen.

ich TU WAS! – die WISSENSzeitschrift für Mensch – Natur – Technik – Umwelt

Ausgabe 1 für die 1. bis 3. Schulstufe



Dezember:
**Die süße
Jahreszeit**

Womit süßte
man, ehe der
Zucker erfun-
den war?



Januar:
**Die Raben-
Jahreszeit**

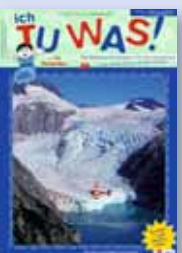
So könnte
man unsere
Winterzeit
auch nennen.

Ausgabe 2 ab der 4. Schulstufe



Dezember:
Gletscher

Alles über
Gletscher.



Januar:
**Unser
Sonnen-
system**

Wer sind unse-
re Nachbarn
im Sonnen-
system?

O!KAY! – die Englischzeitschrift vom FLOH

Start with English



Dezember:
Christmas

Viele Infos
rund um
Weihnachten
in Groß-
britannien.



Januar:
My pets

Welches
Haustier
hast du?

Go on with English



Dezember:
Christmas

We wish you
a Merry
Christmas
and a Happy
New Year!



Januar:
The Calendar

A new year
begins, with
12 months,
52 weeks and
365 days.

Unsere Jugendzeitschriften können Sie online oder per Fax unter www.domino-verlag.de (entsprechendes Fax-Formular ist abrufbar!) bestellen.

Ein kostenloses Probeheft können Sie online anfordern unter www.floh.de/probehefte_lehrer

Mein Roland kämpft für mein gutes

Recht.

Empfohlen vom

10
Jahre



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

ROLAND RECHTSSCHUTZ

Wenn es um Ihr gutes Recht geht, dann sollten Sie keine Kompromisse eingehen. Verlassen Sie sich auf einen ausgewiesenen Spezialisten: ROLAND Rechtsschutz ist der starke Partner an Ihrer Seite, der sich nicht nur vor Gericht für Sie einsetzt.

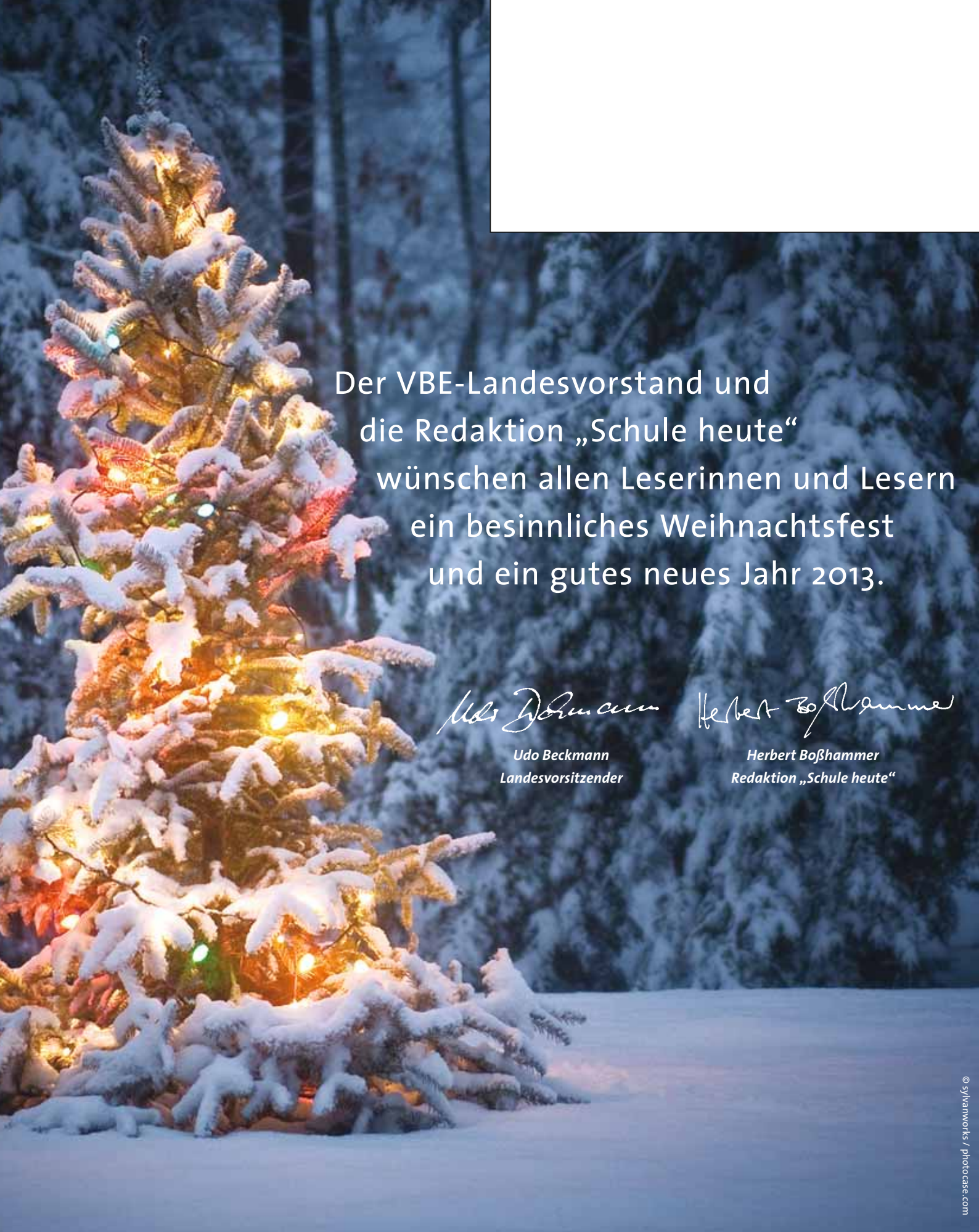
Alles, was Sie wissen müssen, erfahren Sie bei Ihrem persönlichen AXA DBV Betreuer ganz in Ihrer Nähe.



ROLAND

WIR KÄMPFEN FÜR IHR GUTES RECHT.

www.roland-rechtsschutz.de



Der VBE-Landesvorstand und
die Redaktion „Schule heute“
wünschen allen Leserinnen und Lesern
ein besinnliches Weihnachtsfest
und ein gutes neues Jahr 2013.

Udo Beckmann

Udo Beckmann
Landesvorsitzender

Herbert Boßhammer

Herbert Boßhammer
Redaktion „Schule heute“